

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 14.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 3 Spalten Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlsf. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, 9. Juli 1904.

Verlag:  
A. Bohrborg, Hannover, Steintorstraße 6.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Breg, Hannover, Schillerstraße 5.  
Druck von Dörake & Löber, Hannover.

13. Jahrg.

## Anträge zum VII. Verbandstage.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Zahlstelle Staffurt:** Arbeitslosenunterstützung wird in 52 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 42 Tage gewährt. Bei einem Beitrag von 30 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder beträgt die Unterstützung:

	für männl. Mitglieder		für weibl. Mitglieder	
nach 52 Wochenbeitr.	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
104	1,20	7,20	0,58	3,48
156	1,35	8,10	0,67	4,02
208	1,50	9,—	0,75	4,50
260	1,70	10,20	0,83	4,98

Eine weitere Erhöhung nach einer Beitragsleistung von über 260 Wochenbeiträgen findet nicht statt.

Bei Eintritt der Arbeitslosigkeit muß das auf Arbeitslosenunterstützung Anspruch erhebende Mitglied der Ortsverwaltung hiervon Mitteilung machen. Die Auszahlung beginnt bei einer täglichen Meldung zur Kontrolle mit der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit.

Als Beginn der Arbeitslosigkeit gilt der Tag der Meldung. Halbe Tage werden nicht ausgezahlt.

**Zahlstelle Charlottenburg:** Der Verbandstag beschließt die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 30 Pf., für weibliche 15 Pf. pro Woche, wovon 25 Proz. den Zahlstellen verbleiben. Die Erhöhung der Beiträge beginnt mit dem 1. Oktober 1904. Die Auszahlung der Unterstützung beginnt mit dem 1. Oktober 1905 nach einjähriger Mitgliedschaft, wenn der Arbeitslose 52 Wochenbeiträge geleistet hat. Die Unterstützung wird in 52 aufeinanderfolgenden Wochen für 42 Tage im Jahre gewährt.

Die Unterstützung beträgt bei einer Mitgliedschaft

	für männl. Mitglieder		für weibl. Mitglieder	
von 52 Wochen	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
104	1,10	6,60	0,55	3,30
156	1,20	7,20	0,60	3,60
208	1,30	7,80	0,65	3,90
260	1,50	9,—	0,75	4,50
312	1,65	9,90	0,83	4,98

Die Gesamtsumme der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zu gewährenden Arbeitslosenunterstützung darf jedoch nach einer Mitgliedschaft

	für männl. Mitglieder		für weibl. Mitglieder	
von 52 Wochen	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
104	42,—	21,—	21,—	10,50
156	50,40	25,20	25,20	12,60
208	54,60	27,30	27,30	13,65
260	63,—	31,50	31,50	15,75
312	69,30	34,65	34,65	17,32

nicht übersteigen.

Hat ein Mitglied während einer Arbeitslosigkeit für im Höchstfalle 42 Tage die volle Arbeitslosenunterstützung erhalten, so kann es erst wieder nach 52 Wochen, vom Tage der ersten Auszahlung an gerechnet, Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn es während dieser Zeit dem Verbandsverbande wiederum 52 Wochenbeiträge entrichtet hat. Unterstützungszeiten von unter 42 Tagen werden auf die Karenzzeit von 52 Wochen in Anrechnung gebracht.

**Zahlstelle Neumünster:** Einführung der Arbeitslosenunterstützung bei einer 1 1/2-jährigen Karenzzeit. Für die 1. Woche der Arbeitslosigkeit wird keine Unterstützung ausgezahlt. Mitglieder, welche arbeitslos sind, haben sich zweimal am Tage bei dem Vorstande ihrer Zahlstelle zur Kontrolle zu melden; die Zeit bestimmt der Vorstand. Die Beitragszahlung der männlichen Mitglieder ist um 10 Pf. zu erhöhen, die der weiblichen Mitglieder ist nicht zu erhöhen. Die Erhöhung der Beiträge tritt mit dem 1. April 1905 in Kraft, die Auszahlung der Unterstützung mit dem 1. Oktober 1906. Die Unterstützungsätze sind nach den auf dem Verbandstage 1902 vorgeschlagenen zu bemessen.

**Zahlstelle Tegel:** Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach den Bestimmungen, welche der Unterstützung der Zahlstelle Berlin zugrunde liegen.

**Zahlstelle Lüneburg:** Der Verbandstag beschließt die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bei Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 30 Pf., für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. pro Woche.

Die Erhöhung der Beiträge erfolgt am 1. Oktober 1904, die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung am 1. Oktober 1905.

Die Höhe der Unterstützung ist nach dem Vorstandsantrage auf dem Offenbacher Verbandstage festzusetzen.

**Zahlstelle Langermünde:** Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Beitrag 30 Pf.

**Zahlstelle Stockelsdorf:** Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Gewährung der Unterstützung vom 1. Oktober 1905 ab bei einer Beitragsleistung von 30 Pf. für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder.

**Zahlstelle Wittenberge:** Arbeitslosen-Unterstützung kann gewährt werden, nachdem ein Mitglied 26 Wochenbeiträge gezahlt hat, und zwar: männlichen Mitgliedern pro Tag 1,50 Mt., pro Woche 9,— Mt. weiblichen 0,75 4,50 ..

Die Arbeitslosen-Unterstützung wird, von der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit an gerechnet, bis zur Höchstdauer von 42 Tagen gezahlt.

**Zahlstelle Halberstadt:** Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung bei einer Karenzzeit von 104 Wochen.

**Zahlstelle Gimsbüttel:** Der Verbandstag möge die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschließen und die Karenzzeit auf 52 Wochen festsetzen.

**Zahlstelle Göttingen:** Die Arbeitslosen-Unterstützung soll vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an bezahlt werden.

**Konferenz des Gau 1 (Hannover)** schließt sich dem Antrage des Vorstandes beifolgend Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung an, weil dieselbe in der Arbeitslosen-Unterstützung ein für unseren Verband notwendiges und wirksames Kampf- und Bindemittel erblickt.

**Zahlstelle Hamburg-St. Georg:** Die Arbeitslosen-Unterstützung wird nach achttägiger Arbeitslosigkeit gewährt.

**Zahlstelle Hamburg** erklärt, daß sie im Prinzip der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zustimme, vorausgesetzt, daß der Verbandstag einen Weg finden wird, um die Schwierigkeiten hinsichtlich der Kontrolle und der Beitragserhöhung in zufriedenstellender Weise zu regeln.

**Zahlstelle Geesthacht** erklärt, daß sie auf dem Boden der Arbeitslosen-Unterstützung steht, und sie ersucht den Verbandstag, endgültig zu beschließen, eine solche einzuführen.

**Zahlstelle Sarburg:** Mitglieder, welche über 20 Jahre in einem Betriebe beschäftigt sind oder das 50. Lebensjahr überschritten haben, können auf Wunsch von der durch die Arbeitslosen-Unterstützung bedingten Beitragserhöhung befreit bleiben, haben aber dann keinen Anspruch auf Arbeitslosen-Unterstützung.

Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beantragen noch folgende Zahlstellen: Altona, Langenfelde-Stellingen, Wittenberg, Bremen, Flensburg, Gaukonferenz des Gau 12, Herzfelde, Staumburg, Ottenen, Uetersen, Ludwigshafen, Braß.

**Zahlstelle Velten:** Der Verbandstag möge von der Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung Abstand nehmen.

### Abstimmung über Arbeitslosen-Unterstützung.

**Leipzig-Lindenau:** Ueber die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung entscheidet eine Urabstimmung.

**Zahlstelle Hamm:** Dasselbe.  
**Zahlstelle Hannover:** Ueber die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung entscheidet eine Urabstimmung mit Zweidrittel-Mehrheit.

**Zahlstelle Rothenburgsort:** Dasselbe.

**Zahlstelle Frankfurt:** Dasselbe.

**Zahlstelle Ottenen:** Der Verbandstag lehnt eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ab.

**Zahlstelle Hamburg:** Dasselbe.

**Zahlstelle Gimsbüttel:** Dasselbe.

**Zahlstelle Altona:** Dasselbe.

### Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.

**Konferenz des Gau 7 (Ostfriesland):** Einführung der Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung bei Erhöhung der Beiträge um 15 Pf. pro Woche.

**Zahlstelle Kaiserlautern:** Einführung einer Erwerbslosen-Unterstützung, die sowohl im Falle der Krankheit wie der Arbeitslosigkeit, jedoch nur einmal im Jahre, gewährt werden soll.

**Leipzig-Lindenau:** Der Verbandstag wolle beschließen, die Beiträge von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen und gleich Krankenunterstützung einzuführen.

**Zahlstelle Striegen:** Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.

**Zahlstelle Elmshorn:** Dasselbe.

**Zahlstelle Friedrichstadt:** Dasselbe.

**Zahlstelle Altenburg:** Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ist denjenigen Mitgliedern, welche 3 und mehr Jahre Arbeitslosen-Unterstützung nicht bezogen haben, bei eintretender Krankheit die Hälfte der ihnen eventuell zustehenden Arbeitslosen-Unterstützung als Krankenunterstützung zu gewähren.

**Zahlstelle Mannheim:** Mitglieder, die seit 2 resp. 3 Jahren keine Arbeitslosen-Unterstützung bezogen haben, erhalten im Erkrankungsfalle dieselbe Unterstützung wie die Arbeitslosen.

### Kranken-Unterstützung.

**Zahlstelle Stuttgart:** Der Verband gewährt eine Kranken-Unterstützung.

**Zahlstelle Hannover:** Dasselbe.

**Zahlstelle Wittenberge:** Kranken-Unterstützung kann gewährt werden, nachdem ein Mitglied 26 Wochenbeiträge gezahlt hat, und zwar: männlichen Mitgliedern pro Tag 0,50 Mt., pro Woche 3,— Mt. weiblichen 0,25 1,50 ..

Die Kranken-Unterstützung wird von der zweiten Woche an für solche Mitglieder gezahlt, die durch ärztliche Bescheinigung mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheit nachgewiesen haben, bis zur Höchstdauer von 42 Tagen.

**Zahlstelle Kolberg:** Im Falle die Arbeitslosen-Unterstützung abgelehnt wird, wolle der Verbandstag beschließen:

Es kann den Mitgliedern eine Krankenzuschußunterstützung gewährt werden und zwar nach Leistung von

	104 Wochenbeiträgen 50 Pf. pro Tag bis zu 30 Tagen		156 Wochenbeiträgen 55 Pf. pro Tag bis zu 35 Tagen	
104	55	35	55	35
156	60	40	60	40
208	65	45	65	45
260	70	50	70	50
312	75	55	75	55
364	80	60	80	60
416	85	65	85	65

Die Unterstützung wird vom Tage der Erkrankung ab gewährt.

Die erforderlichen Anträge sind mit einem ärztlichen Attest zu versehen, aus welchem zu ersehen sein muß, wann die Krankheit begonnen hat.

Die Unterstützung wird wöchentlich einmal ausgezahlt und sind von jeder Zahlung die restierenden Beiträge abzuziehen.

Weibliche Mitglieder erhalten unter gleichen Voraussetzungen die Hälfte.

### Gewählte Delegierte.

Nr.	Wahlkreis	Delegierter	Ort
1.	Wahlkreis	G. Monien	Hannover
2.	"	G. Othen	Linden
3.	"	G. Großmann	Gildesheim
4.	"	Fr. Oldendorf	Braunschweig
5.	"	R. Gelpke	Solzen
6.	"	Aug. Morie	Thale
7.	"	G. Schinkel	Staffurt
8.	"	G. Mäh	Magdeburg
9.	"	G. Pannicke	Schönebeck
10.	"	Wib. Dannehl	Werdar
11.	"	Fr. Schugart	Deffau
12.	"	W. Saale	—
13.	"	D. Köppler	Salle
14.	"	G. Jäger	Schlenk
15.	"	Gust. Eriker	Altenburg
16.	"	D. Schesnowsky	Leipzig-Ost
17.	"	R. Kürsch	Leipzig
18.	"	G. Sämisch	Marxstadt
19.	"	Cl. Wadewitz	Dresden
20.	"	F. D. Herzog	Meißen
21.	"	Otto Krause	Haugen
22.	"	Aug. Nießlich	Müßeln
23.	"	W. Schreiter	Portschappel
24.	"	H. Schreier	Kattowitz
25.	"	G. Bruns	Berlin
26.	"	W. Henjes	Oberhörnweide
27.	"	R. Meßelke	Freienwalde
28.	"	R. Klein	Velten
29.	"	Wib. Büttow	Stettin
30.	"	Fr. Müller	Görlitz
31.	"	G. Treichel	Kolberg
32.	"	H. Schreiber	Uckermark
33.	"	H. Greif	Gotha
34.	"	R. Fäber	München
35.	"	A. Wörner	Augsburg

36. Bagkfeld	Jr. Stahl	Ruffenhäuser
37.	H. Bernab	Frankenthal
38.	Joh. Scheiner	Andwigschafen
39.	L. Benz	Griesenheim
40.	S. Eifer	Frankfurt a. M.
41.	M. Andchel	Offenbach
42.	H. Das	Mainz
43.	G. Keuring	Oriesheim
44.	Jal. Fittgen	Köln-Ghrenfeld
45.	H. Valentinen	Altona
46.	S. Heise	Ottensen
47.	Fritz Borger	Darmbed
48.	H. Stille	Bergedorf
49.	Joh. Bruhns	Bandsbek
50.	M. Wintens	Gimsbüttel
51.	Aug. Böttcher	Silbed
52.	M. Schwarz	Kothenburgsdorf
53.	M. Wiese	Hamm
54.	Frau B. Jitz	Schiffel
55.	Aug. Damann	St. Georg
56.	A. Alche	Isehoe
57.	B. Christians	Flensburg
58.	Otto Bege	Rendsburg
59.	Wihl. Siegener	Kellinghusen
60.	Jul. Nahl	Hamburg
61.	Karl Friebe	Wedel
62.	Jacob Seidel	Oppendorf
63.	G. Wiegand	Bremen
64.	Aug. Broods	Harburg
65.	S. Martens	
66.	Jul. Pape	Wilhelmsburg
67.	H. Bode	Boltenhans
68.	S. Blümer	Delmenhorst
69.	H. Stulckus	Riel
70.	S. Radde	Lübed
71.	B. Gabbert	Renfeld

Die Wahlprotokolle sollen bis 9. Juli in unseren Händen sein.  
Mit toll. Stng  
Aug. Brsch.

### Wie schütze ich mich vor Verlust der Krankenunterstützung bei eintretender Arbeitslosigkeit.

Das Anrecht auf Krankenunterstützung beginnt für die Mitglieder der Gemeindekrankenversicherung, Orts-, Betriebs-, Fabrik- und Innungs-Krankenkassen mit der Aufnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigung, nicht etwa mit der durch den Arbeitgeber erfolgten Anmeldung bei der Kasse.

Tritt eine Krankheit alsbald ein, vielleicht ein Betriebsunfall schon nach kurzer Dauer der Arbeit, ist die zuständige Kasse zur Unterstützung verpflichtet.

Die Mitgliedschaft beginnt also mit dem Eintritt in die Beschäftigung und endet auch mit dem Austritt aus dieser, nicht etwa durch die Abmeldung. So wie das Recht zum Bezuge der Unterstützung mit der Beschäftigung beginnt und von der Meldung des Arbeitgebers unabhängig ist, erlischt das Anrecht hierauf auch mit dem Aufhören der Beschäftigung.

Der Gesetzgeber hat jedoch den versicherungspflichtigen Personen einen kleinen Schutz zugesprochen, damit sie auch nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung möglicherweise die Unterstützung in Anspruch nehmen können. Er bestimmt in § 28 des Krankenversicherungsgesetzes für die organisierten Klassen (Orts-, Betriebs- u. Kassen): Personen, welche infolge eintretender Arbeitslosigkeit aus der Kasse ausscheiden, verbleibt der Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse in Unterstützungsfällen, welche während der Arbeitslosigkeit und innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse eintreten, wenn der Ausscheidende mindestens drei Wochen ununterbrochen einer auf Grund dieses Gesetzes errichteten Kasse angehört hat. In den letztgenannten Klassen gehören nicht die freien Hauskassen und die Knappschaftskassen, wohl aber neben den Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskassen die Gemeindekrankenversicherungen.

Tagtäglich ereignen sich nun Fälle, in denen Arbeiter mit Unterstützungsansprüchen, welche nach dem Austritt aus der Beschäftigung erhoben, abgewiesen werden, weil die ununterbrochene Mitgliedschaft von drei Wochen nicht nachgewiesen wird. Das kommt selbst Arbeitern vor, welche jahrelang bei einem Arbeitgeber beschäftigt waren, dann aber kurz hintereinander den Arbeitsplatz wechseln oder wechseln müssen. An einem Beispiel soll das zum Nutzen der Leser gezeigt werden.

Hans Baldauf arbeitet seit dem Jahre 1900 in der Chemischen Fabrik von Rothfämel. Für diesen Betrieb besteht eine Betriebskrankenkasse, und er ist unter seinen Kollegen einer der wenigen Glücklichen, die in diesen 4 Jahren Krankenunterstützung nicht bezogen haben.

Aber er bekommt mit seinem Meister Schürigel Differenzen und wird am Sonnabend entlassen. Glücklicherweise findet er am Dienstag wieder Arbeit in der Fabrik von Kalkbrenner, dessen Arbeiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse angehören. Nachdem er bis Freitag abend Fingerringe abgetragen, Schmerzen im Schulter und Rücken so sehr, daß er am Sonnabend nicht mehr arbeiten kann, und wird, weil der Arzt ihm keine Rufen nicht glaubt, entlassen. Baldauf geht nun am Montag zum Arzt, der die Wunde und in den bekannten gelblichen Farben schillernde Haut sieht. Der Arzt verschreibt eine Salbe und erklärt: „Sie müssen einige Tage zu Hause bleiben.“ Unter Freund begibt sich nun zur Kasse, sendet einen Krankenbeschein und Abstempelung des Ringes; er hat seine Beiträge zur Betriebskasse von Rothfämel und für die folgende Woche zur Ortskrankenkasse bei Kalkbrenner bezahlt.

Aber die Kassenverwaltung weist ihn ab, weil die Mitgliedschaft vom Sonnabend bis Dienstag unterbrochen, der Beginn der Krankheit aber erst nach dem Austritt aus der Beschäftigung nachgewiesen wird.

Nun findet sich der Mann rechtlos, er begreift es nicht, daß er trotz jahrelanger Zahlung von Beiträgen keine Unterstützung bekommen soll.

Was mußte Baldauf tun, um sich vor diesem Schaden zu bewahren? Er mußte entweder bei der Leitung der Betriebskrankenkasse die Erklärung abgeben, daß er Mitglied der Kasse bleiben wolle, und zwar sofort bei dem Austritt, mindestens aber binnen einer Woche, also sieben Tage nach diesem; er brauchte noch nicht einmal sofort Beitrag zu zahlen, da die so fortgeführte Mitgliedschaft erst erlischt, wenn auf zwei aufeinanderfolgenden Zahlungsterminen bei der Betriebskasse, falls wöchentliche Zahlung geleistet wird, demnach in zwei Wochen, bei 14tägiger Zahlung in vier Wochen, die Zahlung der Beiträge nicht erfolgt.

Diese Erklärung konnte aber auch bei der Ortskrankenkasse abgegeben werden; trotzdem die Krankheit schon eingetreten, durfte diese von der Kasse nicht zurückgewiesen werden, weil noch nicht sieben Tage seit dem Austritt aus der Beschäftigung verfloßen. Es mußte ihm dann die Krankenunterstützung gegeben werden, ebenfalls ohne Zahlung der Beiträge, da während der Krankheit solche nicht erhoben werden dürfen.

Ein anderer Fall lag bei einem Nebenarbeiter des Baldauf vor. Dieser wurde ebenfalls mit ihm entlassen, er fand aber nicht nach einigen Tagen wieder Arbeit. Tüchtig geht er auf die Suche, findet keine; Hunger ist sein Begleiter; er mattet immer mehr ab und nach 20 Tagen kann er nicht mehr. Die Frau holt den Arzt und dieser konstatiert: Allgemeine Körperschwäche, Mattigkeit. Der Mann ist arbeitsunfähig. Er war ebenfalls längere Zeit im Betriebe beschäftigt; seit seinem Austritt sind noch nicht drei Wochen verfloßen, er hat bei der Betriebskrankenkasse Anrecht auf Unterstützung.

Aber er bekommt nur die Mindestleistung, Unterstützung für 26 Wochen und da sein Lohn 4 Mk. pro Tag betrug, die Hälfte = 2 Mk. pro Tag. Die Betriebskrankenkasse zahlt aber den Mitgliedern nicht 2 Mk., sondern 2,66 Mk. Zu den anfänglichen Krankheit gestellt sich ein schwerer Bungenlatarrh, der Mann ist 20 Wochen krank und stirbt.

Während der 20 Wochen bekommt er an Krankengeld  $6 \times 66 \times 20 = 79,20$  Mk. an Krankengeld weniger. Das Störbegeh wird den Hinterbliebenen der Mitglieder im 30jährigen Betrage des täglichen Arbeitsverdienstes gewährt, da aber unser Kollege nicht mehr Mitglied war, erhielt er nur die Mindestleistung, das ist den 20fachen Betrag. Seine arme Frau bekommt statt 120 Mk. nur 80 Mk., also 40 Mk. weniger. So beträgt der Schaden  $79,20 + 40$  Mk. = 119,20 Mk., der nur dadurch entstand, daß veräußert wurde, die Mitgliedschaft fortzuführen.

Das Recht hierzu steht den Klassenmitgliedern von den organisierten Klassen so lange zu, als sie sich im Gebiete des Deutschen Reiches aufhalten und nicht in Beschäftigung eintreten, durch welche sie Mitglieder einer anderen Kasse werden.

Mitglieder der Gemeindekrankenversicherung behalten, wenn sie aus der Mitgliedschaft begründeten Beschäftigung austreten, das Anrecht auf Unterstützung, so lange sie die Beiträge fortzahlen und entweder im Gemeindebezirk verbleiben oder in dem Aufenthalt nehmen, in welchem sie zuletzt beschäftigt wurden.

So können sich die Verbandsmitglieder vor erheblichem Schaden, ohne viel Baraufwendung, oft sogar ohne eine solche, bewahren, darum beim Austritt aus der Beschäftigung sofort zur Krankenkassenverwaltung und erklärt: „Ich führe meine Mitgliedschaft weiter.“  
K. I. S. O. N.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Fortsetzung des internationalen Schiffsahrtskampfes. — Depression auf dem amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt, Kampf gegen die Erhaltung der Gewerkschaften. — Matter Geschäftsgang in England. — Aus der deutschen Bergwerksproduktion, Fahrradmarkt.

Der internationale Kampf der Schiffsahrtsgesellschaften hat sich weiter entfaltet. Jeder der freitenden Teile sucht durch Preisunterbietungen die Passagiere für sich zu ergattern und dem Gegner wegzuschlagen. Ferner sucht jeder der freitenden Teile Bundesgenossen zu gewinnen, um seine Kampfstellung zu stärken und sich vor unliebsamen Uebertrügungen im Rücken zu sichern.

Zunächst ging die englische Cunardgesellschaft gleichfalls zu Tarifierabstimmungen über, in Uebereinstimmung mit einer Reihe kleinerer englischer Gesellschaften. Sie gehen bekannt: „Um der bestehenden Konkurrenz für die dritte Klasse-Fahrt die Spitze zu bieten, haben die Allan, Anchor, American, Dominion- und White Star-Linie beschlossen, von Sonnabend, den 11. Juni, an auf allen abgehenden Dampfern die Fahrpreise dritter Klasse zu ermäßigen. Von Liverpool oder Queenstown nach Newyork oder Boston wird die dritte Klasse-Fahrt auf Oceanic, Majestic und Teutonic 3 Pfund (60 Mk.) kosten, auf Baltic, Gedric, Celtic, Arabic, Republic, Centic, Spauric, Caspovic und Romanic 2 Pfund 15 Sch. (55 Mk.); Kinder von 1 bis 12 Jahren kosten die Hälfte, Kinder unter einem Jahre 10 Sch. (10 Mk.). Passagiere dritter Klasse werden ohne Verlosten von Newyorker Dampfern auch nach Boston, Philadelphia oder Baltimore befördert, oder von Bostoner Dampfern nach Newyork, Philadelphia oder Baltimore.“  
Bezüglich die Glasgower Anker- und Allan-Linie für die Fahrt zwischen Schottland und Amerika. In der nächsten Woche gingen die Linien, die mehr für die kanadische Auswanderung in Frage kommen (die Allan- und Dominion-Linie, sowie die Dampfer der Canadian Pacific-Eisenbahn) bis auf 50 Mk. herab.

Dafür unternahmen die beiden großen Hamburger und Bremer Reedereien einen Vorstoß nach dem Gebiete, von dem aus der ganze Kavalitätsverkehr eigentlich begonnen hatte. Der

österreichische Konkurrenzhafen gegen das ungarische Giume ist bekanntlich Triest, und hier setzen sich die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd nunmehr im Auswärtigen-Transport fest. Unter Vermittlung des Wiener Bankvereins abgenommen sie für 5 Millionen neu auszugebende Aktien der österreichischen Schiffsahrtsgesellschaft Austro-Americana (Stattelli Gesellschaft), deren Aktienkapital bis auf 15 Millionen Kronen erhöht werden soll. Die offenbar effizientesten Frechmittlungen besagen hierüber weiter: „Mit dem also beschafften Kapital, dem bestehenden Schiffsport der Gesellschaft und den aus den gegenwärtigen Kassenbeständen anzuschaffenden Schiffen wird ein vorläufig vierzehntägiger Auswärtendienst zwischen Triest und Newyork eingerichtet werden. Die bestehenden Frachtenlinien der Gesellschaft nach Nordamerika werden in der bisherigen Weise fortgeführt. Die Leitung des Unternehmens verbleibt in den bisherigen Händen. Nur die zu errichtenden Passagieragenturen werden dem Schiffsahrtstrust unterliegen. Bei den Verhandlungen wurde ganz besonders Gewicht darauf gelegt, daß der Charakter der Austro-Americana als eines den österreichischen See-Interessen gewidmeten Unternehmens voll und ganz gewahrt bleibe, und es wurden in diesem Sinne bindende Abmachungen geschlossen, wonach sowohl der Passagierverkehr der Frachtenverehr zwischen Triest und den Vereinigten Staaten aus schließlich weiter entwickelt und gepflegt werden soll, ferner hinsichtlich der Feststellung der Frachtraten und Passagierpreise Triest nicht ungünstiger gestellt werden soll als die nördlichen Häfen, und schließlich festgelegt, daß bei Krubben von Dampfern, sowie bei Beschaffung von Ausstattungsgegenständen und Proviant den österreichischen Schiffbauwerken und den österreichischen Produzenten jederzeit der Vorzug gegeben werde, sofern dieselben nicht ungünstigere Preise und Konditionen stellen als erlässliche ausländische Unternehmungen.“  
Das ist also, da man die stärkere Benutzung der abriatischen Häfen als Ausgangspunkt der Auswanderung offenbar nicht hindern kann, ein ganz wohlbedachtes Auswärtiges Desertrich gegen Ungarn, Triest gegen Giume, das heißt gegen die englische Cunardkompanie und die mit ihr verbündete ungarische „Adria-Gesellschaft“ zunächst allerdings nur auf dem Gebiete des Fernverkehrsports.

Natürlich sind es zuweilen die ärmsten und hilflosesten Bevölkerungselemente, welche die Gelegenheit zu abnorm billiger Ueberfahrt nach der neuen Welt benützen. Wir schätzten bereits mehrfach, daß diese Elemente den Vereinigten Staaten im Augenblicke unwillkommener sind als je. Man hat mit den eigenen Arbeitslosen genug Kopfschmerzen; was soll man mit den Fremden anfangen? So meldete denn am 13. Juni das Bureau Reuter aus Newyork: „Infolge der Herabsetzung der Zwischenfahrpreise über den Atlantischen Ozean hat die Einwanderung dergestalt zugenommen, daß die Arbeit der Einwanderungsbehörden sich nahezu verdoppelt hat. Durch die niedrigen Fahrpreise sind Einwandererelemente herbeigeezogen, welche den Behörden als unerwünscht gelten. Infolgedessen ist nahezu die Hälfte der in den letzten Tagen aus Europa eingetroffenen Zwischenreisenden angehalten worden, bis nähere Erhebungen über ihre Verhältnisse angefertigt sind. Wahrscheinlich würden viele derselben nach den Einschiffungshäfen zurückgeschickt werden.“ Das ist unterdes auch mehrfach geschehen.

Ein Kampf mit so unerquicklichen Folgeerscheinungen und auf Grund so hoher finanzieller Einsätze und Opfer wird kaum allzu lange andauern. Die Löwen werden sich nicht bis auf die Schwänze aufessen; sie werden sich schließlich zu einer gemeinsamen Verständigung zusammenfinden. Und das wahrscheinlichste ist wohl, daß die von der englischen Regierung unterstützte Cunardgesellschaft ihre Selbständigkeitsgelüste gegen den Morgan-Ballinischen Trust wesentlich herabspannen muß. Das Monopol als Ende der Konkurrenz, diese alle fourierische Prophezeiung, wird sich auch hier bestätigen.

Da wir eben die, im wesentlichen noch immer gebräuchte Geschäftsform in den Vereinigten Staaten erwähnten, so möge der Maibericht des deutschen Handelsfachverständigen beim Newyorker Generalkonsulat ausgangswiese Flag finden. Die Lage des auch für die europäische Produktion so wichtigen Eisen- und Stahlmarktes wird hier als sehr ungünstig geschildert. Der im April infolge besserer Stimmung in Industriekreisen bemerkliche Aufschwung der Roheisenproduktion habe sofort wieder zu einer Ueberproduktion geführt, die den Markt niederdrückte. Die Roheisenpreise seien seit Mitte April stetig gesunken. Bei der allgemein schlechten Geschäftslage und der geringen Unternehmungslust ist die Nachfrage nach Fertigfabrikat sehr zurückgegangen. Besonders die Bahnen, die Hauptabnehmer der Großeisenindustrie sind infolge schwindender Betriebsergebnisse in ein System der Sparjamkeit eingetreten, das jede nicht unbedingt neue Anschaffung vermeidet. Das tritt in zahlreichen Entlassungen von Streckenarbeitern und in Befehlen an die Beamten, äußerste Sparjamkeit walten zu lassen, deutlich zutage. Die Bauattività ist gering.“ Ueberaus bezeichnend ist ferner, was der Newyorker Sachverständige über den jetzigen Kampf des Kapitals gegen die Gewerkschaften mitteilt: „Es liegt zweifellos in der Industrie allgemein die Absicht vor, die schlechten Zeiten zu benutzen, um einen Druck auf die Arbeitergewerkschaften auszuüben und sie womöglich zu zwingen, alle Häuten, Walzwerke und Fabriken als „open-shops“ (wörtlich: offene Werkstätten), d. h. als Werke, in welchen auch Nicht-Gewerkschaftler arbeiten dürfen, anzuerkennen. Bisher ist nur ein Teil der Werke „open“ oder „non-union“ (Nicht-Gewerkschaft), der andere Teil „closed“ (geschlossen) oder „union“, d. h. es werden in ihm nur Gewerkschaftsarbeiter beschäftigt und Gewerkschaftsregeln gelten. Das einfachste Mittel ist ja, die Werke zeitweilig zu schließen und sie als „non-union“ wieder zu eröffnen. Man erwartet aus diesem Grunde, wie aus Anlaß des schlechten Geschäftes, eine die übliche Sommerpause weit übersteigende Betriebseinschränkung der Werke, welche Fertigfabrikat herstellen.“ Das sind recht lehrreiche Zugeständnisse, und sie sollten die europäischen Arbeiter warnen, allzu leicht auf das Rodmittel der billigen Ueberfahrtspreise hereinzufallen.

Auch aus England lauten die Nachrichten fortgesetzt wenig befriedigend, nachdem die Periode der Hoffnungslosigkeit rasch vorübergegangen ist. Der Eisenbezug des Schiffbauwerkes ist unerwartet plötzlich zum Stillstand gekommen; die Aufträge auf schwere Stahlhülsen fehlen gleichfalls. Hat der deutsche Wettbewerb auf dem Eisenmarkt nachgelassen, so fürchtet man billige amerikanische Angebote um so mehr; so sollen die englischen Stahlwerke lediglich beträchtlich durch amerikanische Offerten in Stahlhülsen für Wehrliche unterbieten worden sein. Fast scheint es noch ein wahrer Segen, daß man sozial Panzerplatten für Kriegsschiffe braucht und sozial Kohlen nach Japan und dem Kriegsschiffbau zu liefern hat; die diesjährigen Kohlenverschiebungen von Südamerika nach dem fernen Osten und dem europäischen Rußland stellten sich bis Ende Mai auf 692.700 Tonnen gegen nur 153.055 Tonnen im Vorjahre.

Die eben erwähnte Arbeitsmarktsituation des englischen Handelsamtes ist in der Tat keine erfreuliche. Bei 271 berichtenden Gewerkschaften mit 571.334 Mitgliedern waren Ende Mai 36.002 oder 6,3 Proz. Arbeitslose zu verzeichnen, gegen 6 Proz. Ende April und gegen nur 4 Proz. im Mai des Vorjahres. Der zehnjährige Maiburchschnitt (1894 bis 1903) war 3,7 Proz., also wesentlich günstiger. Zuletzt soll sich die Lage in der Baumwollindustrie gebessert, im Wolljinnen- und Schiffsbau jedoch verschlechtert haben.

Wenn für Deutschland im wesentlichen das Bild unverändert geblieben ist, so ist das vergleichsweise ein gutes Ergebnis.

Allerdings hat das Geschäftsweltliche Kohlenprodukt eine Erhöhung seiner Produktionsbeschränkung angefordert: die am 23. Juni tagenden Verhandlungen für die Einschränkung der Kohle auf 22 Proz. festsetzen (die durchschnittliche Einschränkung der ersten fünf Monate betrug 21,44 Proz.), für Kohle auf 27 Proz. (bisher 25 Proz.), für Bricketts auf 30 Proz. (bisher bis Mitte Mai 25, alsdann 25 Proz.). Inzwischen scheinen hierbei mehr wichtige frühere Erwartungen wie wöchentliche Abschätzungen ausschlaggebend. — Auch eine neue große Faktion ist zu verzeichnen: die Harpener Bergbaugesellschaft hat sich mit der ihr schon länger nahestehenden Bergbau- und Schiffahrts-Gesellschaft Kanneberg & Co. verschmolzen und dadurch eine nationale Kohlen-„Beteiligung“ und außerdem eine große Reederei erworben. Hierbei scheint sich das alte Spiel der Syndikatskämpfe wiederholen zu wollen: es soll die Stilllegung der Kanneberg'schen Magerkohlenzechen und die Übertragung von deren Beteiligungsscheinen auf Harpener beabsichtigt sein. — Da dieser Krieg bei den bisher geschädigten Gemeinden auf allzu starkes Widerstreben stieß, so haben die Gesellschaften zuletzt von direkten Stilllegungen und Entlassungen ab, aber sie treiben die Arbeiter durch Lohnkürzungen wegl. So heißt es in einer Denkschrift der Gemeinde Wittmar bei Bochum: „Den Angaben, die Bergwerke würden weiter betrieben, bitten wir dringend, keinen Glauben schenken zu wollen, denn wenn auch die Arbeiter nicht direkt gekündigt werden, so werden dafür aber die Lohn- und Akkordsätze so verschlechtert, daß die Leute schon von selbst ablehnen, und neue werden nicht angenommen.“ Tatsächlich hat auch bereits auf der Wittmar benachbarten Heide „Julius Philipp“ die Delegation um Hunderte abgenommen.

Die Gründung eines deutschen Fahrradartells soll nach Vorbereitungen in Kassel und Darmstadt als gesichert zu betrachten sein.

Berlin, 19. Juni 1904.

Max Schippel.

## Vom sozialen Kampfplatze.

Die Aussperrung in Köslin dauert fort. Nicht nur allein, daß sich die Arbeitgeber bislang hartnäckig weigerten, auf Vergleichsverhandlungen einzugehen, hat die Ziegelei von Schrader und Hinge weitere Entlassungen vorgenommen, weil die dort beschäftigten Kollegen die 10stündige Arbeitszeit gefordert hatten. Auf ihre Forderung wünschten sie bis zum Freitag, den 17. Juni, eine Rückäußerung des Unternehmers, statt dieser erhielten sie die Entlassung mit der Begründung: „Wer von meinen Arbeitern im Verbandsfall, muß entlassen werden.“ Der Mann hatte sich geküßelt; von 13 Arbeitern waren 11 Verbandsmitglieder. Darauf war nicht gerechnet. Ein Teil der Aussperrten ist abgereist. Am Orte sind noch 198 verheiratete Kollegen, 20 ledige und 13 Kolleginnen, zusammen 231 Personen. Die Verheirateten haben 399 Kinder.

In Schönebeck sind die Arbeiter der Expeditions- und Elbschiffahrtsgesellschaft wegen Verbandszugehörigkeit entlassen worden. Die Ursachen liegen etwas zurück. Anfangs Juni erstrebten die Arbeiter eine Erhöhung ihres Lohnes um 15 bis 20 Prozent und Begahlung der Vorarbeiter durch das Geschäft. Die Forderungen wurden im großen und ganzen bewilligt und ein fester Lohnvertrag vereinbart. Da die Arbeiter nun auch genau wissen wollten, wieviel sie in Akkord gearbeitet, so ernannten sie sich einen Kollegen aus ihrer Mitte, der die Wagen, welche zur Entladung kamen, aufschrieb. Das wurde verboten mit der Begründung, daß die Arbeiter Vorarbeiter hätten und das Geschäft keine Arbeiter betrüge. Die Arbeiter behaupten, daß früher Irrtümer vorgekommen sind, welche zu einer Schädigung der Arbeiter führten. Der Kontrolle führende Kollege wurde entlassen. Die Kommission sollte deshalb Vorstellungen machen, jedoch wurden am 23. Juni weitere drei Kollegen entlassen, denen am Sonnabend noch sechs als Entlassene folgen mußten. Auf die Frage nach dem Grund der Entlassung wurde ihnen vom Geschäftsführer zur Antwort: „Alle, die sich bei der Eingabe der Lohnforderung unterschrieben hätten, mußten aufhören, da die königliche Saline so etwas nicht dulden könne.“ Wenn der Geschäftsführer die Wahrheit gesagt und sich nicht nur hinter der Saline versteckt hat zur Verschönigung seiner eigenen ungerechten Maßnahmen, dann wäre ja in der Maßregel der Scharfmacherei erklommen. Wenn es schon nicht mehr geduldet werden kann, daß Arbeiter mittels Übergabe eine Lohnverhöhung sich verschaffen, dann ist gewiß der Nachweis geliefert, daß die staatlichen Betriebe in Deutschland voran sind, nämlich in Ausübung und Unterdrückung.

Zuzug ist außerdem fernzuhalten nach Malente, Catin, Mainz, Bremen, Weihenfeld.

Magdeburg. Die Firma Otto Gruson hat am 29. Juni d. J. früh ihre sämtlichen Fugler entlassen, weil diese erklärten, in Zukunft keine Ueberstunden zu machen, wenn sie nicht für dieselben einen Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde erhielten, wie dies seit Jahren schon in einer ganzen Anzahl Betriebe Magdeburgs der Fall ist. Die Kollegen glaubten diese in jeder Beziehung gerechte Forderung um so eher stellen zu können, da der Direktor, Herr v. Gent, wiederholt erklärt hat, die Ueberstunden seien ihm zuwider. Der Meister Behmann hat den Ueberstundenarbeitern verboten, zu hämmern, damit der Direktor nicht gestört werde usw. Die Kollegen sind, infolge der ungesunden Luftverhältnisse in der Fugerei und der schweren Arbeit, derart ermattet am Abend, daß während der Ueberstunden nichts mehr geleistet werden kann, so daß sie, wie sie übereinstimmend bekunden, bei der vor Monaten stattgefundenen Verfüzung der Arbeitszeit mehr oder doch dasselbe verdient haben, als jetzt mit Einrechnung einer großen Zahl Ueberstunden. Was in Ueberstunden verlanat wird, dafür

nur ein Beispiel: Sonnabend, den 18. Juni, mußten Kollegen durcharbeiten bis Sonntag morgen und dann wieder am Sonntagabend anfangen, um bis Montag abend zu arbeiten. Daß dabei die Gesundheit ruiniert wird, bedarf keiner Frage. Trotzdem werden die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Es wird nun der schon früher einmal bewilligte Aufschlag gefordert; 2. Ertrabeszahlung der Spezialarbeit; 3. die Neuanfangenden sollen erst 14 Tage im Lohn beschäftigt werden.

Die Firma hat am 1. Juli die Forderungen bewilligt. Der Streik ist aufgehoben.

In Magdeburg haben die auf der Zuckerraffinerie von J. G. Hennige beschäftigten Arbeiter folgende Forderungen gestellt:

A. Arbeitszeit.  
Vom 4. Juli 1904 ab wird für alle Arbeiter und Arbeiterinnen die 10stündige tägliche Arbeitszeit eingeführt. Unerlässliche Ueberstunden werden mit 10 Pf. für die Arbeitsstunde extra vergütet.

B. Löhne.  
Gruppe 1: Hobelarbeiter.  
Fortfall des Partiengebüßes; an Stelle dessen die Garantie eines Minimallohnens von 37 Pf.  
Fortfall der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit.

Gruppe 2: Zentrifugalarbeiter.  
An Arbeiter an den Selbstentleerungsmaschinen ein Stundenlohn von 3 1/2 Pf. pro Std.  
Arbeiter an den kleinen Zentrifugen 5 1/2 Pf. pro Std.  
Arbeiter an den Submalischen pro Maschine 6 Mk.  
Beseitigung der Sonntagsarbeit und der halben Schichten in anderen Räumen.

Gruppe 3: Mühlenarbeiter.  
Stundenlohn für Exportware 4 Pf. pro Std.; freier Betrieb 1 Pf. pro Std.

Gruppe 4: Packsaalarbeiter.  
1. Stundenlohn für Säpapiere und Abbinden pro 1000 Brote 8 Mk.  
2. Schaffen nach der Trockenstube pro 1000 Brote 2 Mk.  
3. Große Brote abbinden 8,50 Mk.  
4. Fortschaffen von Stube nach dem Lager per 1000 Brote 5,50 Mk.  
5. Verladen per 1000 Brote 3,55 Mk.  
6. Abstampeln und Entleeren wie bisher per 1000 Brote 75 Pf.

Gruppe 5: Füllarbeiter.  
Fortfall des Partiengebüßes, an Stelle dessen Garantie des Minimallohnens von 37 Pf. die Stunde. Kolle Kolonne von 10 Mann, die Arbeit fehlender Arbeiter darf nicht mehr eingearbeitet werden.

Gruppe 6: Kohlen.  
Beseitigung der Akkordarbeit, an deren Stelle ein Stundenlohn von 40 Pf.

Gruppe 7: Hofarbeiter.  
Stundenlohn 30 Pf.

Gruppe 8: Sackkolonne.  
1. Bahnspeicher einlagern pro 100 Sack 2,40 Mk.  
2. Kohlsack lagern in allen Räumen pro hundert Sack 2,40 Mk.  
3. Ferkel ausladen aus der Mühle und vom Lager pro 100 Sack 1,80 Mk.  
4. Dito auf sämtlichen Stellen pro 100 Sack 2,40 Mk.  
5. Fahrstuhl lagern pro 100 Sack 2,60 Mk.  
6. Kohlsack aufspeichern pro 100 Sack 3 Mk.  
7. Risten verladen:

1/2 pro 100 Stück 1 Mk.  
1/3 " " " 0,70 " "  
1/4 " " " 0,50 " "  
Risten lagern:  
1/2 pro 100 Stück 2 Mk.  
1/3 " " " 1,40 " "  
1/4 " " " 1 " "

C. Allgemeine Forderungen.

1. Der Lohn wird am Sonnabend bis Schluß der Arbeitszeit ausbezahlt.  
2. Den Angestellten der Fabrik ist eine auf gegenseitiger Achtung begründete Behandlung der Arbeiterchaft zur Pflicht zu machen.  
3. Maßregelungen wegen Angehörigkeit einer Arbeitervereinigung dürfen nicht vorgenommen werden.  
4. Es wird gemäß den Bestimmungen des § 134 a, Ziffer 4 der Reichs-Gewerbeordnung ein Arbeiterauskunftsgewähl.

Begründung:

Der gesteigerte Verbrauch von Lebenskraft bedingt eine auskömmliche Ruhezeit für die Arbeiter, wenn diese sich gesund und arbeitsfähig erhalten sollen. Nach einer solchen erschienenen Ueberfristung des kaiserlichen Statistischen Amtes ist die Zahl der Invalidenrentenempfänger von 47 355 im Jahre 1894 auf 142 750 im Jahre 1902 gestiegen. Die Statistika weist eine von Jahr zu Jahr sich steigende Zunahme auf. Diese ungeheuerliche Steigerung der Invalidität ist ein Beweis dafür, daß der Arbeiter zur Erhaltung seiner Arbeitskraft ausreichender Ruhe und einer zweckmäßigen Ernährung bedarf. In der angezogenen Zeit sind aber fast alle zum Lebensunterhalt erforderlichen Gegenstände ganz erheblich gestiegen. Daraus erklärt sich das Verlangen um Lohnverbesserung, das wir Ihnen vorstehend unterbreitet haben.

Wir erklären unsere Bereitwilligkeit, über die Fixierung der Löhne und so weiter mit Ihnen mündlich zu verhandeln und schließlich, indem wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Firma Jakob Hennige Ihren Arbeitern einen zur Erhaltung der Arbeitskraft genügenden Lohn nicht vorenthalten wird.

## Konferenz des Gaus 1.

Am Sonntag, den 28. Juni 1904, tagte in Binden in dem eigens zu diesem Zweck von den dortigen Kollegen festlich geschmückten Saale des Herrn Schrader, Nießlagstraße, die diesjährige Gauskonferenz. Berieten waren 16 Zahlstellen durch 21 Delegierte. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Alenburg, Herzberg und Seelze. Der Gauvorstand war vertreten durch den Vorsitzenden, den Kassierer und einen Revisor. Als Vertreter des Hauptvorstandes waren die Kollegen Dreg und Sad erschienen. Nachdem der Kollege Dnken von der Bindener Zahlstelle im Namen der Bindener Kollegen die erschienenen Delegierten aufs herzlichste begrüßt, eröffnete der Gauvorsitzende Kollege Monien um 11 Uhr die Konferenz. Auf Antrag des Kollegen Großmann, Hildesheim, wurde beschlossen, allen erschienenen Delegierten das Stimm- und Beratungsrecht zu bewilligen. Kollege Monien erstattete nunmehr den Tätigkeitsbericht. Aus demselben ist folgendes hervorzuheben: Zur Erledigung der Geschäfte fanden 9 Sitzungen des Gauvorstandes, eine gemeinschaftlich mit den Subkommissionen und eine mit dem Hauptvorstand und der Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes Hannover statt. Von den Zahlstellen gingen 108 Briefe und 123 Postkarten ein. Vom Gauvorstand gingen aus 213 Briefe, darunter 15 an die Zahlstellen, 243 Postkarten, 1 Telegramm, 3 Postanweisungen und 5 Postpakete. Aus der Gaukasse sind sämtliche auswärtige Zahlstellen unterstützt, auch alle, mit Ausnahme von Celle und Einbeck, vom Gauvorstand besucht worden. Bestanden haben elf Zahlstellen und sind sieben neu gegründet, und zwar Einbeck, Uelzen, Seelze, Elze, Herzberg, Goslar und Osterode. Versammlungen tagten zur Agitation 28, Mitgliederversammlungen 5,

sonstige Zusammenkünfte 3 und Werkstellenbesprechungen 7. Berichtet wurden 2500 Bedrüse und 18000 Kaufzettel. Im Alfeld ist eine Versammlung verboten worden, und eine diesbezügliche Beschwerde erfolglos gewesen. Vom 7 bis 18. Mai hat im Auftrage des Gauvorstandes Frau Madwig, Dresden, eine Agitationstour unternommen. Versammlungen tagten in Goslar, Walsel, Seelze, Einbeck, Sameln, Sarstedt, Heine, Seelze, Kleeberg, Binden, Jahnholz, Alenburg und Uelze. Es sind ungefähr im Gau 500 neue Mitglieder aufgenommen. Neue Anknüpfungspunkte zwecks fernerer Agitation für unseren Verband hat der Gauvorstand in den Orten Bangesheim, Salzhemmendorf, Wunstorf und in der Umgegend von Uelzen gewonnen. In seinen ferneren Ausführungen kommt Kollege Monien auf die Bewegung bei der Firma Bos in Sarstedt zurück, und vertritt scharf das Verhalten des Geschäftsführers Genossen Borchdörfer von der Verwaltung Hannover des Metallarbeiter-Verbandes. Zur weiteren Kennzeichnung dieses Vorgehens liest er noch einen Passus aus dem Geschäftsbericht für 1903 derselben vor, welcher folgendermaßen lautet: „Auch mit einer Konturrenz-Organisation haben wir zu rechnen, mit dem Fabrikarbeiter-Verband. Speziell in den größeren Betrieben und in der Umgegend von Hannover macht diese Organisation die größten Anstrengungen, in der Metallindustrie festen Fuß zu fassen, ein Versuch, der mit der Operation des billigen Betrags zwar nicht schön, aber zugräftig ist. Aufgabe unserer nächsten Generalversammlung wird es sein, in dieser Beziehung Maßregeln zu schaffen, die uns gerade bei den am schlechtest entlohnten Arbeitern unserer Industrie ein etwas leichteres Agitieren gewährleisten.“ (Wie sieht es aber mit den Forderungen für diese am schlechtest entlohnten Arbeiter von Seiten dieser Organisation aus? Der Berichterstatter.) Aus dem vom Kassierer erstatteten Kassierenbericht, welcher sich über drei Quartale erstreckt, ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahme betrug 769,07 Mk., darunter vom Hauptvorstand 600 Mk. und Beiträge von den Zahlstellen 90,61 Mk. Die Ausgabe 722,05 Mk., darunter für Agitation und Drucksachen 580,00 Mk. und verbleibt ein Kasseebestand von 47,02 Mk. Durch den anwendenden Revisor wurde die Richtigkeit dieser Abrechnung bestätigt und auf seinen Antrag dem Kassierer Decharge erteilt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Bericht der Delegierten, berichtet Uelze: Vor einem Jahre hatten wir 150 Mitglieder, heute dagegen nur 60 und wäre als Grund dafür anzuführen der große Indifferentismus unter den Kollegen, welche in allen möglichen Klimbim-Vereinen anzufinden wären, nur nicht da, wo sie hingehören. Auch übten die Pfaffen eine gewisse Herrschaft aus, indem sie von Haus zu Haus gingen und den Frauen den Kopf warm machten. Sameln: Von uns ist ungefähr dasselbe zu berichten. Auch haben wir unter der Abjagung der Mitglieder durch den Metallarbeiter-Verband viel zu leiden. Uelze: Uelze ist es aber, daß wir wenigstens außerhalb Sameln Fuß gefast haben. Hannover: Wir haben über ein erfreuliches Resultat zu berichten, indem wir nach dem Zusammenschluß der beiden Zahlstellen eine Zunahme von 220 Mitgliedern zu verzeichnen haben, doch haben wir schon oft solche erfreuliche Resultate zu verzeichnen gehabt, um bald wieder auf den alten Standpunkt zurückzukommen und sind mit heute der Ansicht, daß nur dann am Orte etwas erspriehliches zu leisten ist, wenn sich die Zahlstellen Hannover, Binden und Umgegend zusammenschließen und zur Leitung der Geschäfte einen besoldeten Beamten anstellen, um so in der Lage zu sein, die Agitation durch eine unabhängige Person intensiver entfalten zu können. Wir haben schon in einer Mitglieder-Versammlung einen diesbezüglichen Antrag angenommen, aber die Sache wurde leider durch das Verhalten der Bindener Kollegen bis nach dem Verhandlungstag vertagt. Binden: Die Sache betreffs Zusammenschluß der Zahlstellen wäre nur deshalb vertagt, um die Beschlüsse des diesjährigen Verbandstages abzuwarten. Die Zahlstelle hätte in drei Betrieben eine Streibewegung zu verzeichnen gehabt, und zwar bei Wörting, Blaufabrik und Gummi-Kammfabrik. Es wären das keine Angriffsstreiks, sondern Abwehrstreiks gegen die getroffenen Maßregeln der betreffenden Fabrikleitungen gewesen. Auch wurde die nähere Abwidlung derselben geschilbert und betont, daß gar keine Flucht der Mitglieder nach diesen Streiks zu verzeichnen wäre. Bei der Bewegung in der Kammfabrik wären von anderen Abteilungen der Fabrik Besprechungen mit der Direktion geflogen worden, um den Streik beizulegen. Ohne Arbeitsniederlegung hätten die Kollegen bei Meyer und Niemann eine Lohnverhöhung von 10 Prozent errungen, so auch auf der Gasanstalt eine solche von 12 1/2 Prozent, bei den Hofarbeitern 15 Prozent, sowie auch eine Abänderung der Arbeitsordnung, nach welcher den Kollegen dort verboten war, die neu anfangenden Kollegen auf die Organisation aufmerksam zu machen. Kollege Bauer verliest dann noch einen schriftlich ausgearbeiteten Bericht über den Himsferstreik in Bismarck-Hildesheim: Im vorigen Jahre hatten wir einen Mitgliederstand von 60—70, heute dagegen einen solchen von 220. Die Arbeiter kommen eben jetzt zu einer besseren Einsicht, zahlte doch die dortige Zuckerraffinerie einen Tagelohn von 2 Mk., dagegen an ihre Altäre eine Dividende von 70 Prozent und trotzdem sagte der Direktor dieses Establishments zu Arbeitern, als sie wegen einer Lohnverhöhung vorstellig wurden, jetzt sei der ungünstigste Zeitpunkt dafür vorhanden. Unter diesem Gesichtspunkte hoffen wir auch, daß sich die Zahlstelle gut weiter entwickeln wird. Alfeld: Wir haben einen schweren Stand. Die Arbeiter vom Lande können bei einem niedrigeren Lohn eher existieren und sind nur sehr schwer für die Organisation zu gewinnen. Osterode: Daß im vorigen Jahre die Zahlstelle eingegangen ist, liegt daran, daß wir meist mit fremden Leuten nicht mit sehr ansehnlichen Mitgliedern zu rechnen haben. Es wäre wohl dort was zu machen, wenn nur die nötigen Kräfte vorhanden wären, aber so ist es nicht möglich, eine Versammlung zustande zu bringen. Walsel: Wir haben im letzten Jahre an Mitgliedern zugenommen, aber diesen Sommer holen uns die Bauarbeiter wieder viele weg, da sie erklären, mit organisierten Fabrikarbeitern nicht zusammen arbeiten zu können. Sarstedt: Wir haben auch zu klagen, aber die Zahlstelle hat sich doch auf 260 Mitglieder gehoben. Die meiste Schuld schieben wir dem Hauptvorstande zu wegen der Stelung der Maßregelungsunterstützung. Dreg hätte gesagt, daß die Sarstedt kein Geld vorhanden sei. In dieser Sache beantragt Kollege Dreg, ihm das Wort sofort zu erteilen und wurde auch demgemäß beschlossen. Kollege Dreg weist entschieden die Anschuldigungen seines Redeurners zurück und fährt aus, daß den Anträgen auf Unterstützung wegen Maßregelung zugestimmt worden sei und zwar schon darum, um die Kollegen von der Arbeit bei der Firma Bos fernzuhalten. Wenn aber, wie dort vorgekommen, dann die Kollegen nach dieser Firma, von der sie angeblich gemäß regelt sind, wieder hingingen, so sei das keine Maßregelung und hätte dann der Vorstand auch keine Pflicht, als Prämie dafür, daß die Kollegen wieder nach Bos gingen und dort arbeiteten, dieselben zu unterstützen. Kollege Sad mündet sich ebenfalls gegen die Anschuldigungen und betont, daß auf dem Bureau kein Kollege aus Sarstedt groß behandelt worden wäre. Der Delegierte aus Einbeck berichtet: Die Zahlstelle bestände erst seit Dezember und hätte jetzt 59 Mitglieder. Uelzen: Am 6. Dezember haben wir die Zahlstelle mit 11 Mitgliedern gegründet. Heute haben wir 210 Mitglieder zu verzeichnen und es steht noch in Aussicht, daß sie zwei Ortschaften mit 100—110 Mann in Kürze dem Verband anschließen werden. Kleeberg: Seit der letzten Konferenz haben wir gute Fortschritte zu verzeichnen. Kollege Monien gibt einen Ueberblick über die nicht vertretenen Zahlstellen, aus dem hervorgeht, daß in Alenburg und Seelze absolut nichts zu machen ist, während in Seelze sehr erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen

# Zur Beachtung!

Die Zahlstelle Kalk hat die Zustimmung erhalten, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Pf. zu erheben.

## Quittung.

Bei der Samstagskasse gingen seit dem 22. Juni folgende Beträge ein: Dösch 51,40, Eisenberg (Watz) 21,80, Mischenhof 30, Wittenberg 82,08, Kastenburg 45,--, Woluh 3,90, Mübeland 46,--, Zehde 22,35, Bernburg 578,87, Wittenberge 326,08, Lampertheim 38,16, Sieben 19,23, Einzelmitglieder 104,06, Schiffel 729,81, Charlottenburg 435,25, Offenbach 420,68, Herzfelde 74,30, Langermünde 122,20, Böden 167,40, Hefel 56,--, Schweinfurt 12,55, Eßsen 61,49, Schöpfheim 13,20, Pflungstadt 78,--, Grevesmühl 31,25, Warflade 34,70, Gmünd (Schw.) 30,75, Kellinghufen 74,07, Greppin 81,80, Westerbüchel 83,40, Borsdorf v. d. S. 5,10, Gernsdorf 39,75, Elsterwerda 17,--, Hornburg 100,--, Elberfeld 82,40, Waldborf 38,--, Postabonnements (2. Quart.) 9,94 Mart.

Schluss: Dienstag, den 5. Juli, mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch 19 665, ausgestellt auf den Namen Oswin Steinhart. Buch 74 768, ausgestellt in Köpenick auf den Namen Paul Koslowsky. S. II 41 773, ausgestellt am 1. September 1898 in Köpenick auf den Namen D. Brader.

## Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Bruchsal. Jos. Mayer, Augartenstraße 8. Fernerleben. Andreas Rohde, Westerbüchel, Schönebergstraße 36. Hamburg-Uhlenhorst. Herm. Gabler, Bachstraße 80, St. II. r. Gernsdorf bei Wülfelhof (Anger 8). Richard Krause. Oberberg. Otto Gerlach, Garmünderstraße 19. Radeberg. Bruno Lusch, Kleinvolmsdorferstraße 39, II. Helfeshof bei Emil Altman, Röderstraße 8, III. Regensburg. Joh. Wogatz, Steinweg 31 1/2, II. St. Sebnitz. Vertrauensmann: Emil Kurze, Obergasse 69. Helfeshof wird ausgezahlt beim Kollegen Paul Peter, Blumenstraße 6, p.

## Inserate.

### Zahlstelle Geesthacht.

Am Sonnabend, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn F. Peterfen: Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Die Bevollmächtigten. 0,90 Mt.

### Hamburg-St. Georg.

Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, 14. Juli, 8 1/2 Uhr, bei D o m m e l, Nagelsweg 31. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Abrechnung. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes. 10,90 Mt.

### Zahlstelle Hanau a. M.

Den werthen Kollegen von Hanau und Umgegend zur Kenntnis, daß Sonntag, den 24. Juli, die Zahlstelle Hanau einen

### Familien-Ausflug

nach Klein-Muheim in das Lokal „Zum goldenen Fäß“ unternimmt und bittet die Kollegen, sich zahlreich daran zu beteiligen. 1,65 Mt. Der Vorstand der Zahlstelle Hanau a. M.

### Zahlstelle Kalk.

Unsere Mitglieder-Versammlungen tagen von jetzt ab alle 3 Wochen. Das Datum wird jedesmal durch Stempelabdruck auf dem „Proletarier“ bekannt gemacht. 0,90 Mt. Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Lampertheim.

Unser Vereinslokal ist beim Kollegen Ludwig Bräule in Gasthaus „Zum Kroupringen“, Admisterstraße 20. Das Festgebet kann beim Kassierer Joh. Wiskopp in seiner Wohnung Pfarrgasse 4 abends von 7-8 Uhr in Empfang genommen werden. 1,20 Mt. Die Bevollmächtigten.

## Meißen.

Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 Uhr: Grosse Versammlung im „Tarnhaus“. Tagesordnung: 1. Volkskulturreisen. 2. Debatte. 3. Abschluß vom 2. Quartal. 4. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. 1,50 Mt. Der Vertrauensmann.

### Zahlstelle Naumburg.

Sonnabend, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinsrestaurant: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: „Die Arbeiter-Versicherung“. Referent anwesend. Zugleich machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß unsere Versammlungen jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats im obengenannten Lokale stattfinden. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. 1,65 Mt. Die Bevollmächtigten. J. A. B. Schwarz, Naumburg, Moritzplatz 13.

### Zahlstelle Nürnberg.

Unsere Versammlungen tagen jeden zweiten Sonnabend im Monat im Café Merk, Brechtelsgasse. 10,60 Mt.

### Zahlstelle Osterwick (Harz).

Mittwoch, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale des Herrn Rob. Eincke eine

### Öffentliche Versammlung

statt. Tagesordnung: „Der Zukunftsraum der Schachmacher und die Arbeiterorganisationen.“ Referent: Frau Käppler-Dresden. Jedes Kollegen Pflicht ist es, zu dieser Versammlung die größte Agitation zu entfalten. Die Frauen sind hierzu besonders willkommen. 1,95 Mt. Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Zwickau.

Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 1/4 4 Uhr, findet im „Branerschloß“, Schloßstraße, eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: Zweck der Arbeiter-Sekretariate. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Gäste können mitgebracht werden. 10,75 Mt.

system". Redner führte einleitend aus: Wir haben bis jetzt immer in dem alten Schilde fortgewirtschaftet, etwas neues ist noch nicht versucht, viel weniger eingeführt worden. Der schlechte Besuch der Mitglieder-Versammlungen und andere Vorgänge der letzten Zeit haben uns jedoch überzeugt, daß eine Aenderung eintreten muß. Vor allen Dingen müssen wir uns mehr der Kleinarbeit zuwenden. Das Betriebs-Vertrauensmännersystem muß eingeführt werden; durch dasselbe wird uns die Hausagitation ermöglicht und erleichtert. Weiter haben wir unser Augenmerk Betriebsbesprechungen zuzuwenden, die allerdings etwas anders gestaltet werden müssen als bisher. Um dieses alles durchführen zu können, müssen die Mitglieder-Versammlungen verschoben werden. Eine Sitzung der Bevollmächtigten und Revision hat sich schon mit dieser Sache befaßt, und schlägt dieselbe den Kollegen vor, allmonatlich eine regelmäßige Mitglieder-Versammlung stattfinden zu lassen. In der Diskussion über die Ausführungen des Kollegen Otten wurde von den Kollegen Lischel, Schenkel Bengewienat und Biermann das für und Wider betreffs Verlegen der Versammlungen erörtert und einstimmig beschlossen, in Zukunft jeden Monat regelmäßige Mitglieder-Versammlungen tagen zu lassen.

Maerksamkeit. In recht inhumanem Blicke zeigt sich seit Wochen die Rauchwaren-Zurichterei von Walter Mack. Die Leitung dieser Firma scheint es geradezu darauf abgesehen zu haben, die Arbeiter zu brüskieren und bei Beuten, die auf gewisse Rücksichten der Arbeiter gegenüber halten, die Annahme zu erweiden, als sei Arbeitertrug für sie geschäftlicher Grundfals geworden. Seit Wochen nimmt sie umfangreiche Entlassungen vor. Konnte man anfangs auch annehmen, daß die Entlassungen ihre Begründung im Geschäftsgang hatten, so muß es jetzt verwundern, daß Kollegen entlassen werden, die jahrelang bei der Firma zu deren Zufriedenheit tätig gewesen sind. Entlassen werden sie deshalb, weil sie darauf hielten, daß in der Zeit, in welcher die Firma ihr Arbeitspersonal bedenklich reduzierte, keine Ueberstunden gemacht wurden. Seit 3 Monaten sind 90 Kolleginnen und Kollegen entlassen worden, circa 70 sind freiwillig gegangen, so daß der Betrieb 160 Leute weniger hat. Das läßt sich selbstverständlich auf alle andere Schichten, nur nicht auf einen flotten Geschäftsgang. xroghem wird ab und zu einem Teil der Kollegen zugemutet, Ueberstunden zu machen. Damit die Kollegen solche Ueberstunden noch unangenehmer empfinden, sucht man sich für sie die Sonnabende aus. Weigert sich dann ein Kollege, dann wird er entlassen. Dies Verhalten ist um so empörender, als es so gut wie tarifliche Vereinbarung ist, daß Sonnabends Ueberstunden nicht mehr gemacht werden sollen. Im Jahre 1900 haben sämtliche Arbeitgeber der Rauchwarenbranche zugestimmt, daß Sonnabends um 6 Uhr Feierabend sein soll. Auch bei Walter galt diese Bestimmung bis vor 6 Wochen. Seit dieser Zeit sind andere Saiten aufgezogen. Jeder Arbeiter, der heute auf Innehaltung jener Vereinbarung drängt, wird als renitent gegen die Direktion entlassen. So wie der Direktor sich in bezug auf die Arbeitszeit nicht um die tariflichen Abmachungen quält, so macht er es auch bezüglich der Bezahlung. Eine ganze Anzahl von Kollegen erhält den tariflichen Lohn nicht. Dies Verhalten verdient die schärfste Verurteilung. Die Direktion sollte nicht vergessen, daß auch wieder andere Zeiten kommen werden, in denen sie Bedarf nach tüchtigen zuverlässigen Arbeitern hat; sie sollte es unterlassen, sich diese zum großen Teil hinweg zu gaullen und den Rest zu verbittern und gegen sich zu verhegen. Sie würde weit richtiger handeln, wenn sie der Verkürzung der Arbeitszeit näher trete und mit den ewigen Entlassungen aufhören wollte. — Gut ist, daß wir auch einsichtige Firmen am Orte haben. Die Firzelsche Feingewerke hat auf Vortelligerwerden unserer Kollegen die Stundenlöhne um 1 Pfennig erhöht. Die Stundenlöhne betragen nun 29 und 30 Pfennig.

Sebnitz. Unter der Firma Sebnitzer Papierfabrik A.-G. ist nunmehr eine neue Aktiengesellschaft in das Handelsregister des Amtsgerichts Sebnitz eingetragen worden. Die Gesellschaft ist in erster Linie dazu bestimmt, das Fabrikamwesen der Papierfabrik A.-G. Sebnitz aus der Konkursmasse zu erwerben und fortzuführen, nachdem eine dahingehende Vereinbarung von den Obligatordären der in Konkurs geratenen alten Sebnitzer Papierfabrik A.-G. bereits in der gerichtlichen Versammlung vom 3. Juni einstimmig beschlossen war. Das Grundkapital der neuen Gesellschaft beträgt 375 000 Mt. Gründer sind: Dr. Jochheim in Sebnitz, Fabrikbesitzer Brand in Plattental, Kaufmann Engert in Bautzen, Bankdirektor Wagner in Dresden und Rechtsanwalt Dr. Schiele in Dresden. Erster Aufsichtsrat sind die Herren Rechtsanwalt Dr. Julius Doudt in Dresden, Fabrikbesitzer Bernhard Weg in Sebnitz, Max Reimer und Justizrat Georg Schubert in Dresden. Zum Vorstand der neuen Gesellschaft ist bestellt Herr Klaftermann, Sebnitz.

Säulsdorf b. Blauenfels. Hier tagte am 23. abends 8 1/2 Uhr eine öffentliche Versammlung. Als Referent war erschienen Kollege Fienhütter-Damburg, welcher den Anwesenden durch klare und sachliche Auseinandersetzungen den Organisations-Zweck und -Nutzen vor Augen führte. Er wies darauf hin, daß, seitdem unser Verband hier ins Leben gerufen, hier und in der Umgebung es mit der Feholtenhererschaft des Untertums zu Ende ist. Er führte als Beispiel die vielen schamlosen Mißhandlungen armer wehloser Knechte und Mägde, welche in ihrer Not bei unseren Kollegen Zuflucht und Rat fanden, an, gab dann den von der Regierung auf Drängen der Agrarier eingebrachten Gesetzentwurf über den Vertragsbruch der ländlichen Arbeiter zum besten, welcher nicht weiter als eine Vertragsklärung und Befreiung des Arbeiters und Gefundes ist. Zum Schluss forderte der Referent die Anwesenden auf, das möglichste zur Ausbreitung einer Organisation zu tun, da die ergüßlichen und insbesondere die französischen Landarbeiter uns weit voraus sind. In der Diskussion forderten noch einige Kollegen dazu auf, die Indifferenten durch Aufklärung für unsere Organisation zu begeistern. Als Vertrauensmann für Säulsdorf wurde Kollege Halleiter gewählt.

Wandlitz. Versammlung am 8. Juni im Gewerkschaftshaus. Da zum ersten Punkt kein Referent erschienen war, so wurde zum zweiten Punkt, Anträge zum Verbandstag, geschritten und verpflichtete sich der Delegierte, nach bestem Wissen und Willen für oder gegen die dortselbst gestellten Anträge zu stimmen. Hiermit stellt Zimmermann noch den Antrag zum Verbandstag, daß freireisende Kollegen vom Beitrag befreit sein sollen; derselbe wurde einstimmig angenommen. Die auf dem Gewerkschaftstagesgesetz gefasste Resolution wurde nochmals besprochen und verpflichtete sich der Delegierte, hierfür auf dem Verbandstage einzutreten. Den Kartellbericht erstattete Frandfurt Schröder macht bekannt, daß auf der Wandlitzer Kartellfabrik 11 Kollegen gemahregelt seien. Durch Unterhandlungen hat jedoch die Firma nun davon wieder eingestellt. Beschlossen wurde, die nicht wieder eingestellten Kollegen 14 Tage aus der Lokalkasse zu unterstützen. Weiter berichtet derselbe, daß auf der Ratholmschule Willwärdter 23 Kollegen die Arbeit niedergelegt haben; leider hätten diese total patienwidrig gehandelt, da sie weder den Vorstand noch die Lokalkommission vorher davon in Kenntnis gesetzt hätten. Hierzu bemerkte Schütz, es wäre notwendig, in den Versammlungen einmal das Streikreglement zu besprechen, damit die Mitglieder mehr Kenntnis davon bekämen. Leider haben wir wieder 4 Arbeitswillige zu verzeichnen; Meyer, Steffen, Remann, Kestorf. Ohne Debatte werden diese sofort angegeschlossen. Ebenso wird der Arbeitswillige Knaul, welcher eine verkrüppelte Hand hat, nach kurzer Debatte angegeschlossen. Auf Antrag von Bruns wird den Kollegen, welche am Vertrauensmännersystem beteiligt sind, ein Zuschuß aus der Lokalkasse, für Beherbergung 2 Mt. und für Lege 1 Mt. pro Woche für die Dauer des Streiks gewährt. Auf Antrag Schröder werden dem Festkomitee 100 Mt. und der Agitationskommission 20 Mt. überwiesen.

und. Somit war dieser Punkt der Tagesordnung erschöpft und die Konferenz bis nachmittags 3 Uhr vertagt. In der Nachmittags-Sitzung wurde in die Beratung der weiteren Punkte der Tagesordnung eingetreten und auf Antrag beschlossen, die beiden Punkte, die fernere Agitation und die Befolgung der Gausvorschriften, zusammen zu beraten. Die Diskussion drehte sich in der Hauptsache um die Anstellung eines Gauleiters und wandte sich die Kollegen Sach und Weg gegen die Anstellung eines besoldeten Gauleiters, da es nicht anginge, für alle 19 Gaus besoldete Gauleiter anzustellen. Weg führte aus: Entweder müßte man die Gauerteilung bestehen lassen, wie sie ist, und nebenbei Bezirke einteilen, an deren Spitze man einen besoldeten Beamten stelle, oder man müßte die Gaus noch bedeutend vergrößern. Zu dem zu diesem Punkt vorliegenden Antrag Gammeln, 2 Versammlungen auf Kosten des Gaus zu veranstalten und möglichst wieder eine Referentin zu gewinnen, wurde beschlossen, denselben dem Gauvorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Betreffs der Befolgung der Gausvorschriften wurde folgender vom Kollegen Bergmann-Binden gestellter Antrag gegen 2 Stimmen angenommen: „Die heute im Lokale des Herrn Schröder tagende Konferenz des Gaus I beantragt die Anstellung eines besoldeten Gauleiters, weil dieselbe der Ansicht ist, daß eine nachhaltige Agitation nur dann in die Wege zu leiten ist, wenn dazu auch eine unabhängige Person vorhanden ist.“ Ueber die weiteren Punkte, Anträge zum Verbandstag und Arbeitslosenunterstützung, ergab die Diskussion erfreulicherweise, daß alle Anwesenden Freunde der Arbeitslosenunterstützung sind, mit Ausnahme der Kollegen Otten und Bauer, Binden, Wogatz, Gammeln. Eine Resolution für Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde angenommen. Es wurde beschlossen, folgende Anträge dem Verbandstag zu unterbreiten: Der Vorstand wird beauftragt, bei nachstehenden Organisationen: dem Verband der Transportarbeiter und dem Verband der Textilarbeiter, das Ersuchen zu stellen, diese drei Verbände zu verschmelzen. Die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften haben auf ihren demnächst stattfindenden Generalversammlungen diesen Zusammenschluß auf Tagesordnung zu setzen. Weiter wurde mit 10 gegen 5 Stimmen beschlossen: Die am 26. Juni tagende Gaukonferenz des Gaus I empfiehlt, dem diesjährigen Verbandstag folgende Resolution zu unterbreiten: Der Verband möge Mittel und Wege suchen, um einer Verschmelzung der nichtgewerkschaftlichen Berufe näher zu treten und dem nächstjährigen Gewerkschaftstages die Sache zu unterbreiten. Es wurde dann noch eine Beschwerde des Kollegen Großmann-Güldenheime über die Art und Weise, wie die Wahl zum Verbandstag am 3. Wahlkreise zustande kam, nach Klärung des Sachverhalts als erledigt betrachtet. Ein Antrag, den Sitz des Gauvorstandes nach Binden zu verlegen, wurde zurückgezogen und beschlossen, den Sitz des Gauvorstandes wieder in Hannover zu belassen. Als Ort für die nächste Konferenz wurde ebenfalls Hannover bestimmt.

## Korrespondenzen.

Berlin. Zwei nennenswerte Erfolge haben wir im Laufe des Quartals für die uns angeschlossenen Kollegen zu verzeichnen. In erster Linie gelang es uns durch Verhandlungen bei der Firma Stahlbaum, Wänschstraße, für unsere Kollegen 1,50 Mart pro Woche Zulage und verschiedene andere Verbesserungen durchzusetzen (Arbeiterauskunft). Insgesamt waren es hier 40 Kollegen, die durch angeführte Zulage sich durch den Verband ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern ließen. Nicht umhin können wir, da es sich hier um teilweise recht jungorganisierte Kollegen handelt, darauf hinzuweisen, daß nun die Zeit von den Kollegen dazu verwendet wird, sich mehr und mehr mit dem Verband und seinen Einrichtungen vertraut zu machen, fester als zuvor sich zu eintigen, um dadurch einmal das Errungen auch halten zu können. Sie dürfen nicht, wie das leider manche vor ihnen getan haben, der Organisation, die ihnen die Verbesserungen gebracht hat, den Rücken kehren. Der gute Verlauf einer Lohnbewegung macht die Organisation nicht entbehrlich, sondern geradezu notwendig. Denn wenn die Kollegen an der Organisation nicht festhalten, werden in den meisten Fällen die einmal abgewonnenen Verbesserungen durch die Arbeitgeber wieder in Abzug gebracht. — Für die in der A. G.-G. unserem Verbands angeschlossenen Kollegen haben wir nenerdings zum vierten Male Gelegenheit gehabt, ihnen durch Zulage, welche wieder durch Verhandlungen erreicht worden ist, zur Hebung ihrer Lage beizutragen. Es kommen ca. 150 Mann der betreffenden Abteilung in Frage, welche durch die letzte Verbesserung 1,20 Mart pro Woche mehr erhalten. Auch die Vorarbeiter haben eine Zulage von 1,50 Mart erhalten. Wir hoffen, daß alle Kollegen, denen eine Erhöhung ihres Lohnes geworden ist, dazu beitragen mögen, den noch Fernstehenden das einzig mögliche Mittel zur Verbesserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zeigen: das ist Anschluß an die Organisation.

Frankfurt. In der letzten Mitglieder-Versammlung beschäftigten sich unsere hiesigen Kollegen mit einem von der Frankfurter Zahlstelle aus ergangenen Vorschlag, der eine Verschmelzung der hiesigen Zahlstelle mit Frankfurt empfiehlt. Die Gründe, die für diese Aenderung ins Feld geführt werden, mögen zum Teil zureichend sein, da, was gewöhnliche Vergleiche in Frage kommen. Hier jedoch, wo durch den Verlust des eigenen Vereinshauses und den Mangel eines Lokals für öffentliche Versammlungen ganz eigenartige Verhältnisse bestehen, kommen ganz andere Voransetzungen in Betracht. Wenn sich die Zahlstelle Frankfurt von der Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers besondere Vorteile verspricht in der Agitation und Organisation, so mag eine solche Erwartung ihre Berechtigung haben. Für den hiesigen Klub kann unter den zurzeit gegebenen Verhältnissen eine bessere Agitation, als wie sie jetzt betrieben wird, nicht entfaltet werden; mag der Leiter derselben auch noch so bestrebt und an keinerlei Rücksichten gebunden sein bei seinem Vorgehen. Der Präsident unserer Zahlstelle an Frankfurt würde zweifellos eine finanzielle Verschlechterung für unsere Mitglieder bringen. Denn die Kosten für einen besoldeten Geschäftsführer lassen sich aus den faktisch zur Verfügung stehenden lokalen Mitteln nicht aufbringen, sollen nicht andere Bestimmungen für Bildungszwecke usw. unterbleiben. Wir stehen vor einer notwendigen Erhöhung der Beiträge mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, und wird es schon Mühe kosten, die Mehrzahl der Kollegen von der Notwendigkeit der im Interesse des Verbandes liegenden Aenderung zu überzeugen. Ein weiteres von den Kollegen zu verlangen, hiesige die Leiter unserer Zahlstelle auf eine bedenkliche Probe stellen. — Was also auch keine zwingenden Gründe für eine Verschmelzung unserer Zahlstelle mit der von Frankfurt besteht, so soll doch in einer in nächster Zeit auszubehandelnden Versammlung ein Referat von Frankfurt in der Sache gehört und dann eine endgültige Entscheidung herbeigeführt werden. — In derselben Versammlung wurde außerdem der Antrag des Vorstandes an den Verbandstag, Arbeitslosenunterstützung bestreuen, diskutiert und als Ergebnis derselben die Erwartung ausgesprochen, daß bei Besetzung der Arbeitslosenunterstützung es möglich ist, Mitglieder des Verbands der Arbeitslosenunterstützung maßvoller gegenüber den männlichen Mitgliedern besser behandelt wird, wie dies in dem Antrag des Vorstandes gefordert ist. Man erwartet, daß der Verbandstag eine gerechtere Beurteilung, die der Arbeitslosenunterstützung beizulegen wird.

Hildesheim. In unserer am Sonnabend, den 2. Juli, abgehaltenen Mitglieder-Versammlung referierte Kollege Otten über „Umgestaltung unseres diesjährigen Agitations-

# Beilage zum Proletarier.

No. 14.

Hannover, 9. Juli 1904.

13. Jahrg.

Einnahme.

Abrechnung für das I. Quartal 1904.

Ausgabe.

Zahlstellen.	Quartals-Nr.	In den Zahlstellen zurückbehalten		Einnahme		Ausgabe		Saldo		Bilanz		Gesamt	
		M. Pf.	Gr.	M. Pf.	Gr.	M. Pf.	Gr.	M. Pf.	Gr.	M. Pf.	Gr.	M. Pf.	Gr.
Ablershof	1.	70	3 60	124	4 50								
Alten	1.			72 80									
Altenburg S.-N.	1.		12	623 80	95 40	1 85							
Alfeld	1.		150	27									
Alzei	1.		10 50	35 60									
Altona	1.		13 80	735 60	72	60							
Ammendorf	1.		4 80	161	1 30								
Anklam	1.		2 40	158 40	15 70								
Arnsdorf	4.			12 80									
Arnsdorf	1.		30	14 60									
Ascherleben	1.		9 30	257 40	16	6 45							
Augsburg	1.		9	155	2 80								
Klein-Asheim	1.			92									
Barmbed	1.		12 30	1724 40	212 50	7	17 50						
Barby	1.		1 20	48 20									
Bergeborf	1.		15 60	1569 60	43	8 60	9 20						
Bernburg	1.		17 40	836	13 70								
Berlin	1.	3 25	86 70	2008 40	43 50	1 30	5 50 25						
Bieber	1.		30	60 20									
Bietighelm	1.		12 80	80 40									
Biederich a. Rh.	1.		3 90	140 80		1 50							
Biederich a. Rh.	1.		1 50	9 80	9 50								
Bielefeld	1.		60	79 40	2								
Bilwerder	1.		30	40	8 60								
Bitterfeld	1.		2 10	44 60									
Blankenburg	1.		1 80	127 20	8 10		20						
Blankenese	1.			6 80									
Borby	1.	4 84	1 20	72	80	50							
Borsdorf	1.		60	63 40	90								
Bornstedt	1.		30	24 80		1 30							
Bruckhausen	1.		8 70	26 80									
Brehmen	1.		3	150 40	3 40	6 70							
Bromberg	1.		9 30	223 80									
Broigem	1.			77 20	1 30								
Bremen	1.		8 10	1319	72 70	2 90							
Brunsbüttel	1.		1 20	48 80									
Brinkum	1.		30	109 60									
Braunschweig	1.		35 70	2394 40	289 10	10 90							
Bruchsal	1.			2 60	4 60								
Büchel a. M.	1.		2 40	51 20	9 30								
Calbe a. S.	1.	412 37	1 80	276 80	82 10	1 30							
Cannstatt	1.		10 80	361 80									
Cassel	1.		1 50	143	80								
Caputh	1.		90	73 20									
Charlottenburg	1.		42 30	455 40	15 80	4 60							
Cöswig	1.	9 78	1 80	156 60	4 20	8 50							
Cöln-Shippe	1.		2 40	87 60									
Cöthen	1.		1 20	82 40	2 60		36						
Cöpenick	1.		30 90	424 80	1 90								
Danzig	1.		90	19	9 60	20							
Delmenhorst	1.		8 70	231 40	45 40	9 60							
Deßau	1.		6	812	24 30	9 60							
Dortmund	1.		2 70	28 40									
Duisburg	1.	20 85	60	17 60									
Düsseldorf	1.		1 80	126 40									
Ehrenfeld	1.	3 25	20 40	238 40	70								
Eimsbüttel	1.		3 30	373 80	9 80								
Eythra	4.	1 80	90	31 80									
Eythra	1.		90	33 20									
Eintracht	1.		12	91	2 80								
Eintracht	1.		1 20	294 80	8 20	80	6 75						
Eisenberg	1.	32 30	1 80	57 40	14 10		80						
Eisenberg S.-N.	1.	11 10	9 30	93 80	1	1 10							
Eimsborn	1.		12 30	752 60	63 80								
Elberfeld	1.		6 90	37 80									
Erbenheim	1.			30 20	2 40								
Ermsleben	4.		60	26 60									
Ermsleben	1.		3 30	26 80	70								
Erfangen	1.		2 70	48									
Erfnes	1.	1 25	2 10	49 80									
Eßlingen	1.	7 41	90	83 60	6 30								
Eßen	1.	10	3	89	3 70								
Eichershausen	1.		30	81 80	2 10	40	25						
Eutin	1.		90	153 40	4 50								
Feddenheim	1.		4 50	180 60	8								
Ferndach	1.		1 50	15 80	1								
Flensburg	1.		5 40	680 20	74 10	8 60							
Frankfurt a. M.	1.		37 20	1150	29 60								
Frankenthal	1.		5 40	479 80	3								
Friedrichsdorf	1.		90	41 40									
Freising	4.		90	16	45								
Freienwalde a. D.	1.	123 43	90	276	3								
Fürstberg	1.	10 30	30	87 20	1 30								
Ganting	1.			7 80									
Georgswerder	1.		90	177	3 70								
Gelsenkirchen	1.			8			50						
Geesthacht	1.		30	321 80									
Germerdorf	1.		60	46									
Glauchau	1.		3	451 20	2 40								
Gmünd	1.		30	43									
Gotha	1.		4 20	96 20	13 10		32 50	9 20					
Gonsenheim	1.		4	48 20									
Greppin	1.	63 96	3 30	107 80									
Grevesmühlen	4.			32 60	2 60								
Griesheim a. M.	1.		10 80	335 40	11 90								
Großhain	1.		90	66 60			1 25						
Gropping	1.	78 86	1 80	131	1 40								
Halle-N.	1.		7 50	232 60	13 10		2 25						
Halle-S.	1.		9 60	435	20 40		75						
Hadersleben	1.		3 60	203 40		2 20	2						
Hannau	1.		2 70	69	5 60								
Harburg	1.		17 70	3184	295 50	13	15						
Halberstadt	1.		2 10	401 80	14 20	11 90	50						
Hamburg-St. Georg	1.		9	900	42 40								
Hagen i. B.	1.		60	26 40			45						
Hartze	1.		1 80	243 40		50	1 15						
Hamein	1.		21 90	283 40	16 80								
Hamm	1.		9 30	835	62 50	3 40	18 50						
Hamburg	1.		10 20	657	81 40	1 40	50						
Hannover	1.		13 20	931	3 30								
Hasselndorf	1.	1 85		80 20									
Hainhausen	1.			27	1 30								
Henningsdorf	1.	14 35	3 30	206 80	50								
Hedersheim	1.		1 20	125 80	34 10								
Helmstedt	1.	23 80	1 20	48 20	4 40	5 90							
Hedersheim	1.		2 70	116 85	7 40								
Hildesheim	1.		6 80	4 50	14 60	70							

Einnahme.

Ausgabe

Table with columns for 'Kapitel' (Chapter), 'Quartals-Nr.' (Quarter No.), 'In den Zahlungen...' (In the payments...), and various financial categories like 'Beiträge' (Contributions), 'Einnahmen' (Revenues), and 'Ausgaben' (Expenditures). The table lists numerous locations and their corresponding financial data across multiple quarters.

Einnahme.

Ausgabe.

Main table with columns for location (Ort), quarters (Quartale), and various financial metrics (Einnahme, Ausgabe, etc.).

Summa 4961 2078 70 5393 85 281 25 211 25 1048 5 37 05 97457 53 1047 6 264 64 2806 25 1916 1890 1974 45 22195 13 5527 83 53593 51 97457 55 40734 4492 110 50

# Bilanz der Abrechnung.

Einnahme in den Zahlstellen:	
Bestand vom vorigen Quartal	4 961,—
Eintrittsgeld	2 078,70
Beiträge à 15 und 20 Pf.	83 424,06
Beiträge à 7 1/2 und 10 Pf.	5 893,85
Extra-Beiträge à 10 Pf. und nach § 6 Abs. 7.	281,26
Durch Streikmarken gingen ein	211,—
Sonstige Einnahmen für Streiks	25,—
Zuschuß aus der Hauptkasse	1 045,05
Sonstige Einnahmen	37,06
<b>Summa:</b>	<b>97 457,55</b>

Ausgabe in den Zahlstellen:	
Reiseunterstützung	1 047,06
Rechtschutz	264,64
Gemäßregelter Unterstützung	2 808,95
Umgangsgeld	1 916,—
Stempel	1 830,—
Streikunterstützung	1 974,43
Postausgaben	22 195,13
In den Zahlstellen zurückbehalten	5 827,83
Abgeschickt an die Verbandskasse	59 593,51
<b>Summa:</b>	<b>97 457,55</b>

## Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Gesamt-Einnahme:	
Rassenbestand vom vorigen Quartal	215 837,21
Von den Zahlstellen eingelaufen	59 593,51
Ohne Abrechnung eingelaufen	18,05
Bremen, Streikunterstützung zurückbezahlt	12,25
Regen,	63,03
An freiwilligen Zuwendungen für Streiks:	
Wandsbek	500,—
Stensburg	50,—
Freimaldau	15,—
Boischappel	10,—
Weißkirchen	5,—
Seife, Wisburg, zurückbezahlt	42,90
Beiträge von Einzelmitgliedern	163,50
Reisabonnement	7,37
Für Inzerate	110,10
Für Protokolle	7,25
Sonstige Einnahmen	12,84
Zinsen pro 1903	5 088,63
<b>Summa:</b>	<b>281 525,64</b>

Gesamt-Ausgabe:	
An Streikunterstützung	12 222,09
An gemäßregelte Mitglieder	1 208,70
An Umgangsgeld	82,80
An Stempel	200,—
An Rechtschutz	16,75
An Reiseunterstützung	10,72
An Notstands-Unterstützung	485,—
An Schriftstellerhonorar	33,—
An Gehältern	2 387,48
An Versicherungsbeiträgen	90,—
Telephongebühren	0,50
Beiträge an die Generalkommission 3. Qu. 1903	1 418,40
Für Agitation	2 769,88
Für Bestand des „Proletarier“ Nr. 1-6	1 025,08
Für Druck des „Proletarier“ Nr. 1-6	2 908,90
Für Druckarbeiten	289,—
Für Buchbinderarbeiten	61,95
Für Bindfaden, Lederpappe, Pergament	53,30
Für Zeitungsabonnement	19,11
Für Posthilfen im Bureau	23,—
Für „Gleichheit“, „Oswlata“ und „Operaio Italiano“	501,12
Für Stempel	258,05
Für Schreibmaterialien	23,80
Ergänzung der Verbandsbibliothek	5,60
Entschädigung für Revisor und Revisoren	69,50
Entschädigungen an den Ausschuss	21,80
Bureau-Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	109,84
Porto für Briefe und Pakete des Vorstehenden	358,77
Porto für Geld und Briefe des Kassierers	71,21
Zweifel eingekaufte Geld zurückbezahlt	1,80
Zuschuß an die Zahlstellen	1 045,05
<b>Summa:</b>	<b>27 776,85</b>

Bilanz:	
Gesamteinnahme	281 525,64
Gesamtausgabe	27 776,85
Reicht Rassenbestand	253 748,79

Hannover, den 28. Juni 1904.  
 Aug. Breh, 1. Vorsitzender. Seint. East, 2. Vorsitzender.  
 Fritz Bruns, Kassierer.  
 Die Revisoren:  
 A. Riemeyer. Ferdinand Philipp. C. Jfke.

## Gewerbekrankheiten.

Eine Durchsicht der Berichte der Fabrikinspektoren zeigt, in wie hohem Grade die Arbeiter nicht nur der eigentlichen Unfallgefahr, sondern auch der Gefahr der Erkrankung durch Vergiftungen ausgesetzt sind. Auf alle von den Beamten gemeldeten Einzelfälle von Gewerbekrankheiten einzugehen, würde zu weit führen; wir begnügen uns daher mit der Hervorhebung einiger besonders charakteristischer Daten.

Am weitesten verbreitet sind die Meierkrankungen, und am allernächsten liegen die auf Bleivergiftung zurückzuführenden Krankheitsverhältnisse in den Zink- und Bleihütten im Regierungsbezirk Oppeln. Unter den 4578 Zinkhüttenarbeitern erkrankten infolge von Bleivergiftung 28 an Bleikolik und Bleilähmung, 21 an Nierenentzündung, 151 an Magen- und Darmkatarrh, 24 an Blutartrat. Die in den eigentlichen Bleihütten beschäftigten Arbeiter weisen noch weit höhere Krankheitszahlen auf. In der königlichen Friedrichshütte bei Zarnowitz erkrankten von 697 Arbeitern 92 an Bleikolik und Lähmung, 6 an Nierenentzündung, 17 an Magen- und Darmkatarrh, 136 an sonstigen Krankheiten, in der Walter Kronenhütte bei Barowitz von 875 Arbeitern 142 an Bleikolik und Lähmung, 5 an Nierenentzündung, 28 an Magen- und Darmkatarrh, 3 an Blutartrat, 161 an sonstigen Krankheiten. Auch aus anderen Regierungsbezirken werden zahlreiche Meierkrankungen gemeldet. Im Bezirk Liegnitz erkrankte in einer Wagenfabrik ein Arbeiter, der hauptsächlich mit Verzieren der Wagenbeschlägen beschäftigt war, schwer an Bleikolik. In einer Maschinenwerkzeug-Fabrik im Bezirk

Schleswig erkrankten der Meister und 3 Arbeiterinnen zum Teil schwer an Bleivergiftung; die Untersuchung ergab, daß sich auf hochliegenden Gegenständen, Lampenfüßeln und dergl., bleihaltiger Staub angesammelt hatte. Weitere Meierkrankungen werden mitgeteilt aus Wagenbauereien, Marmorwerkstätten, Wagenbeschlagfabriken, Buchdruckereien, Kunstverglasereien, Feilenbauereien, Dachziegelereien, Emailierereien, Ofenfabriken, kurz aus fast allen Betrieben, in denen Blei- oder bleihaltige Stoffe und Gegenstände regelmäßig in größerer Menge verwendet oder verarbeitet werden. Um die Gefahren, die den Arbeitern aus ihrer Berufstätigkeit erwachsen, einigermaßen zu vermeiden, bedarf es nicht nur der Aufklärung, sondern vor allem wirklich durchgreifender Schutzmaßnahmen auf dem Wege der Gesetzgebung.

Den Meierkrankungen stehen die Milzbrandvergiftungen an Bedeutung nicht weit nach. Diese Krankheit tritt überall da auf, wo tierische Stoffe verarbeitet werden. So erkrankte in einer Knochenzüngerfabrik ein mit dem Abladen von inländischen Knochen und Knochenstrot beschäftigter Arbeiter an Milzbrand; in den Gerbereien zu Kirchhain N.-B. waren im Berichtsjahre 7 Erkrankungen an Milzbrand zu verzeichnen, in einer Weißgerberei im Bezirk des Gewerbeaufsichtsbeamten für Berlin kamen 4 Milzbrandinfektionen vor, von denen 2 tödlich endeten, und nach Annahme des Beamten handelt es sich in einer Reihe von Fällen, die als Blutvergiftung bezeichnet wurden, gleichfalls um Milzbrandvergiftungen. Auch in einer Handschuhlederfabrik, in der serbische und italienische Felle verarbeitet wurden, traten Milzbrandvergiftungen auf, ebenso in einer Knochenmehl- und Seifenfabrik, in Lederfabriken, in Stoffspinnereien. Daß eine Ausdehnung der Verordnung gegen die Milzbrandinfektion resp. eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen auf alle Betriebe, wo die Gefahr einer Infektion vorliegt, erforderlich ist, wird durch die Erfahrung bewiesen.

Von sonstigen Gewerbekrankheiten seien erwähnt die in den elektrochemischen Chloralkalifabriken auftretende Chloralkose, die Phosphornekrose, von der Arbeiter in Zündholzfabriken befallen werden, Quecksilber- und Rauchgasvergiftungen. Unter den Zuckerraffineriearbeitern des Bezirks Bromberg wurde mehrfach die Zuckerkrähe, ein eitriger Ausschlag an Armen und Beinen, beobachtet, der bei Vernachlässigung zu längerer Arbeitslosigkeit führen kann, und bei verschiedenen Tischlern desselben Bezirks trat die sogenannte Polierkrähe auf. In den Sirupkellern der Zuckerraffinerien in Westpreußen bekamen einige Arbeiter Pusteln an den Beinen. Im Stabelwert Oberspreewurden in der Milchanstalt, in der Glimmerplättchen mit Kolophonium, Spiritus und Terpentinöl zusammengelebt werden, Hauterkrankungen der Arbeiter festgestellt, die sich vorwiegend an den Händen, aber auch an den Beinen, an der Brust und den Augen zeigen, und deren Natur bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Unter den Walkereiarbeitern der Tuchindustrie ist schon seit Jahren eine Hautkrankheit bekannt, die in juckenden Knötchen und Pusteln besteht und insbesondere an Händen und Armen, überhaupt an solchen Körperteilen auftritt, die bei der Arbeit unbedeckt sind. Die Krankheit, die früher nur vereinzelt auftrat, hat in den letzten Jahren an Ausbreitung zugenommen und sich, was früher nicht der Fall gewesen ist, auch bei Färbereiarbeitern gezeigt. In einer chemischen Fabrik zur Herstellung von Schwefelsäure, Flußsäure und Fluorsalzen endlich traten bei einigen Arbeitern Entzündungen an den Händen und Gesichtsteilen auf, die nach Ansicht des Untersuchers auf die ätzende Einwirkung von Soda fast zurückzuführen sind.

Diese keineswegs erschöpfende Uebersicht zeigt, wie sehr die Gesundheit bestimmter Gruppen von Arbeitern durch ihren Beruf gefährdet ist. Es ist gewiß mit Freude zu begrüßen, daß die Aufsichtsbeamten den Gewerbekrankheiten eine höhere Aufmerksamkeit zuwenden; doch wird die angewendete Mühe vergeblich sein, wenn nicht die gesetzgebenden Körperschaften das in den Berichten der Gewerbeinspektoren niedergelegte Material zum Anlaß gesetzlicher Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter benutzen.

## Von der Agitation.

Anfang Juni unternahm Unterzeichnete im Auftrage der Gauleitung eine Agitationstour im 9. Gau. Versammlungen tagten in Bromberg, Elbitz, Elbing, Danzig, Stolp, Köslin, Kolberg, Zülchow und Pommerensdorf. Im allgemeinen erfreuten sich die Versammlungen eines guten Besuches, auch einige Mitglieder wurden gewonnen. Die Verhältnisse in den ostpreussischen Gefilden sind miserabel, in Danzig machen z. B. die Arbeiter einer Stahlgießerei in 14 Tagen bis zu 190 Arbeitsstunden, wofür dieselben einen Wochenlohn von 15 M. erhalten. Ähnlich liegen die Verhältnisse in allen anderen Orten, die ich besuchte. Lange Arbeitsfron, äußerst niedrige Löhne und folgedessen eine schlechte Lebenshaltung, das ist die Signatur, unter der die Bevölkerung des Arbeiterstandes im Osten lebt. In der schlechten Ernährung kommt der starke Fehlgenuß, der die Bevölkerung stumpf und gleichgültig macht, dieses sind dann die bedürfnislosen Arbeiter, die der Krankjunker braucht.

Der Boden für Organisationen ist im Osten vorhanden, wenn wir nur brauchbare Personen dort hätten, die die Sache leiten könnten, denn außer den bereits erwähnten Hindernissen tun die Ortsbehörden

ein übriges, um demjenigen, der es wagt, freigeitlichen Ideen zu huldigen, das Leben recht schwer zu machen. Daher sind nur sehr geringe Fortschritte für die Gewerkschaften im Osten zu verzeichnen.

Ob überhaupt die öffentliche Versammlung das richtige Mittel ist, Sicht und Aufklärung in diese dunkle Gegend zu bringen, bezweifle ich. Ich habe gefunden, daß eine echte und feste Organisation sich nicht von außen hineintragen läßt; wohl sind die öffentlichen Versammlungen notwendig, um neue Anregungen zu geben und den Lebensnerv der Organisation aufs neue zu beleben zu erneuter Tätigkeit. Nach meinem Dafürhalten muß in diesen zurückgebliebenen Gegenden weit mehr Wert auf die Kleinarbeit und die Heranbildung geeigneter Kräfte zur Leitung der Organisation gelegt werden. Doch dürfte dieses wohl nicht der geeignete Platz sein, um diesen Gedanken weiter auszuspinnen.

Weitere Versammlungen waren in Magnit, Insterburg und Lapiaw geplant. In erstgenanntem Orte duldet die heilige Herrmandad nicht, daß eine Frau als Referentin auftritt, ebenfalls werden auch keine weiblichen Versammlungsbesucher geduldet. In den beiden letzten Orten haben wir keine Vokale zur Verfügung. In den Versammlungen in Vorpommern und Mecklenburg wird statt der Unterzeichneten der Genosse Passel-Wolgaß referieren über das für alle Versammlungen festgesetzte Thema „Scharfmacherzukunftsstaat und die Arbeiterorganisation“.

W. Köhler-Dresden.

## Korrespondenzen.

**Fürth i. B.** Sonntag, den 19. Juni, tagte im Saale des Herrn Zid unsere öffentliche Versammlung, welche gut besucht war. In andertägiger Rede verbreitete sich Kollege Statmer aus München über die Ursachen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit, sowie über die Vorteile der Arbeitslosenunterstützung, welche wir jetzt einzuführen beabsichtigen. Weit über die Hälfte der zentralisierten Organisationen haben die Arbeitslosenunterstützung schon eingeführt, weshalb auch die Mitgliederzahlen bedeutend in die Höhe gingen. Redner betonte, daß es in Fürth noch Tausende der Organisation fernstehender Arbeiter und Arbeiterinnen gibt. Nur durch die Organisation können bessere Zustände geschaffen werden. England gibt hieron ein Beispiel; aber eine halbe Million der englischen Arbeiter haben bereits den Achtstundentag eingeführt. Im klassischen Land Italien dagegen, wo täglich oft noch 14, 16, 18 Stunden gearbeitet wird, zeigen sich die Folgen derart, daß jährlich immer ein Heer von Arbeitern nach aller Herren Länder sich zerstreut, um ihre billigen Arbeitskräfte anzubieten. Redner erntete reichen Beifall. In der Diskussion forderte Kollege Herrmann zum regen Beitritt in den Verband auf und legte den Anwesenden ans Herz, daß für Sorge zu tragen, daß alle Indifferenten der Organisation sich zumenden sollen, zugleich die großen Leistungen des Verbandes bekannt gebend.

**Stade.** Am Sonntag, den 5. Juni, tagte im Lokale des Herrn Polthusen in Schölsch eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter, in welcher Genosse Bärer-Harburg einen Vortrag hielt über: „Die Gewerkschaften als Hebel der Kultur“. Redner erledigte seine Aufgabe in ganz vorzüglicher Weise. Der 1 1/2stündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Unter Punkt „Diskussion“ forderte Kollege Böger die Anwesenden auf, recht fleißig für die Arbeiterpresse zu agitieren. Redner erinnerte an den bekannten Ausspruch: „Wissen ist Macht!“ Nur durch fleißiges Lesen der Arbeiterpresse könne sich die Arbeiterschaft Wissen und Bildung aneignen. Da niemand mehr das Wort wünschte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Thale.** Kollege Schinkel hatte sich am 16. Juni vor dem Schöffengericht in Quedlinburg wegen Beleidigung des Gewerbeinspektors Herrn Häusler zu Halberstadt zu verantworten. Die Anklage beruhte auf folgendem Vorwurfs: In einer unserer Mitgliederversammlungen sprach Kollege Schinkel über die Anwesenheit auf dem Eisenhüttenwerk in Bezug auf Sonntagsarbeit, Ueberstunden und Unfälle, und unterzog diese einer Kritik. Wir könnten nichts dagegen haben, wenn nur bringende Reparaturen vorgenommen würden, welche gesetzlich zulässig sind. Daß man aber die Arbeiter veranlasse, auch andere Arbeiten Sonntags zu verrichten, anderenfalls sie Strafgebühren zahlen müssen, oder entlassen werden, sei nicht recht. Uebelstände abzuschaffen, ist einerseits Pflicht der gewerkschaftlichen Organisationen, andererseits Pflicht der Gewerbeinspektoren. Wir müssen anerkennen, daß diese manches Gute geschaffen haben, aber es ist zu bedauern, daß die Fabrikinspektion noch nicht allenthalben so funktioniert, wie sie eigentlich sollte, weil die Arbeiter noch zu schwach organisiert sind und nicht die nötige Fühlung mit den Fabrikinspektoren haben. Die Arbeitgeber sehen es natürlich am liebsten, so fuhr Redner dann fort, wenn die Inspektoren ihre Befugnisse vorher anwenden. Dann können die Beamten an der Tür und es geht nur, daß sie mit dem Arm in Arm durch die Fabrik gehen. Der Redner erinnerte daran, daß schon einmal ein Fabrikinspektor, der sich nicht angemeldet habe, nicht in die Fabrik hereingelassen wurde, sagte aber hinzu, daß das in hiesiger Gegend wohl nicht vorkomme. Uebrigens seien die vorhandenen Mängel dem Gewerbeinspektor Häusler nicht bekannt. Schließlich beantragte Redner, es solle eine Kommission gewählt werden, die an Herrn Häusler schreiben und ihn die vorgefundenen Mängel mitteilen solle. Dann würde wohl Abhilfe erfolgen.

Die Versammlung, in welcher Genosse Schinkel diese Rede hielt, wurde von dem Gendarm Peters überwacht. Nach seinem Bericht soll Schinkel gesagt haben, es gäbe Gewerbeinspektoren, die ihre Pflicht erfüllen, aber auch solche, die nicht weiter machen, als sie brauchen. Sie wollten mit den Arbeitgebern auf gutem Fuße stehen und meldeten daher ihre Wünsche vorher an. Sie würden dann an der Fabrik empfangen und gingen Arm in Arm durch die Fabrik. Wie eine solche Inspektion aber ausfalle, könne man sich leicht denken. Sowohl Genosse Schinkel als auch die beiden Gastausgangsgenossen bestritten auf das entschiedenste, daß Genosse Schinkel diese Worte gebraucht habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Müller, betonte ebenfalls, daß der Bericht des Gendarmen offenbar ungenau sei. Er könne nicht stenographieren und erst vor kurzem habe das Landgericht Halberstadt in einem Prozeß gegen den Genossen Albert einem Protokoll eines Gendarmen jede Glaubwürdigkeit versagt. Der überreichige Bericht der „Kommunisten“ über diesen Prozeß wurde indessen vom Schöffengericht unbeachtet gelassen. Gendarm Peters' Zeugnis genügte dem Gericht vollständig und Genosse Schinkel wurde wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Wir werden es jedoch nicht unterlassen, trotz dieses Urteils derartige Mängel solange zu kritisieren, bis Abhilfe geschaffen ist. Den Arbeitern mögen diese Vorgänge jedoch genügen, sich Mann für Mann dem Verband der Fabrik-, Land-, Säbelsarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen.